



SÜDBADEN 2030

Unser Politikprogramm für ein modernes Südbaden



**Leitantrag zum
ordentlichen Bezirkstag der
Jungen Union Südbaden
am 22. Juli 2017 in Stockach**

I. Einleitung

Liebe Freundinnen und Freunde,

vier Regionalkonferenzen in ganz Südbaden, knapp 50 Seiten politisches Programm, über 50 engagierte JÜler, die daran mitarbeiten. Das ist Südbaden 2030 – unser Programm für ein modernes, starkes und lebenswertes Südbaden. Unser Anspruch ist es, heute auf das richtige Stellen der politischen Weichen hinzuwirken, sodass unsere Region auch 2030 noch so wirtschaftsstark und lebenswert dasteht, wie heute. Für dieses Ziel haben wir vier Politikbereiche identifiziert, die entscheidend sein werden, um Südbaden wettbewerbsfähig und lebenswert zu erhalten:

- Digitalisierung und digitale Infrastruktur in Südbaden
- Wirtschafts- und Sozialstandort Südbaden
- Bildung und Ausbildung – von Schule, Hochschule und dualer Ausbildung
- Innere Sicherheit und Integration in Südbaden

In einem basisdemokratischen Prozess – allen Mitgliedern stand die Mitarbeit in den vier Programmkommissionen offen – wurde auf unseren Regionalkonferenzen in Eschbach, Spaichingen, Lörrach und Offenburg unser politisches Programm festgelegt. Die Forderungen, die darin entstanden sind reichen von flächendeckendem Breitbandinternet im ÖPNV, über regionale Gründerzentren in den Landratsämtern bis hin zu kommunalen Integrationsbeauftragten und einer besseren Ausstattung der Polizei in unserem Bezirk.

Mit unserem Politikprogramm für Südbaden sind wir nicht nur die erste politische Jugendorganisation, sondern überhaupt die erste Partei, die ein umfassendes Zukunftsprogramm mit konkreten Handlungsempfehlungen für unseren Regierungsbezirk vorlegt und damit Antworten auf die Veränderungen gibt, mit denen unser Bezirk und die Menschen die hier leben und arbeiten konfrontiert sind. Und ein Programm dass sich dadurch auszeichnet, dass es nicht im politischen Hinterzimmer erdacht wurde, sondern im Dialog mit Experten und Betroffenen vor Ort entwickelt wurde. Wir sind bei unseren Regionalkonferenzen bewusst dorthin gedankt, wo die Themen anfallen und haben uns neben unseren politischen Verantwortungsträgern mit denjenigen ausgetauscht und uns

von denjenigen Input geben lassen, die tagtäglich mit den Themen die wir behandelt haben in Kontakt und davon betroffen sind.

In vier Kapiteln fassen wir unsere Forderungen und unser politisches Programm für unser Südbaden hier zusammen. Vorneweg gilt unser Dank den Mitgliedern der vier Projektgruppen und den Teilnehmern der Regionalkonferenzen, die ihre Ideen eingebracht, mitdiskutiert und um die besten Positionierungen gerungen haben. Dank ihnen ist dieses Programm das Ergebnis der Forderungen und Ideen der ganzen JU in Südbaden. Und wir zeigen damit, dass wir unseren Anspruch erfüllen und die Stimme der jungen Generation in unserem Bezirk sind.

Herzliche Grüße



Yannick Bury
Bezirksvorsitzender und
Leiter PG Wirtschaft



Rolf-Peter Weber
Koordinator Südbaden 2030 und
Leiter PG Innere Sicherheit



Marvin Wolf
Leiter PG Digitalisierung



Dominik Apel
Leiter PG Bildung



Tobias Kellner
Bezirksgeschäftsführer

II. Die Regionalkonferenzen und Projektgruppen von Südbaden 2030

Südbaden 4.0 - Die Weichen für eine digitale Region richtig stellen

Beschluss der Regionalkonferenz am 9. Juli 2016 im Gewerbepark Breisgau in Eschbach

Referenten: Patrick Rapp MdL, Markus Riesterer (Geschäftsführer Gewerbepark), Christian Thomann (Kämmerer der Stadt Bad Krozingen)

Mitglieder der Projektgruppe:

Marvin Wolf (Leiter), Andreas Schmidt, Markus Schmidt, Naemi Rieß, Michael Sernatinger

Wirtschaftsstandort 2030 – Südbaden wettbewerbsfähig und sozial aufstellen

Beschluss der Regionalkonferenz am 17. September 2016 bei der HEWI G. Winker GmbH und Co KG

Referenten: Markus Hänssler (Geschäftsführer HEWI), Gabriele Schmidt MdB, Thomas Albiez (Hauptgeschäftsführer der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg)

Mitglieder der Projektgruppe:

Yannick Bury (Leiter), Levin Eisenmann, Felix Röther, Valentino Scavallieri, Sebastian Kiss, Silke Schmidt und Martin Numberger

Bildung 2030 – Moderne Bildung für ein modernes Südbaden

Beschluss der Regionalkonferenz am 8. Oktober 2016 in der Freien evangelischen Schule Lörrach

Referenten: Staatssekretär Volker Schebesta MdL, Michael Karozak (Vorstand Wikimedia), Kersten Schröder (Vorsitzender Berufsschullehrerverband Südbaden)

Mitglieder der Projektgruppe:

Dominik Apel (Leiter), Daniel Lorenzen, Aron Philipp, Samuel Roths, Caroline Schuster

Sicherheit stärken. Integration gestalten. Für ein gutes Miteinander in einem Sicheren Südbaden

Beschluss der Regionalkonferenz am 18. März 2017 im Gemeindehaus Offenburg-Bohlsbach

Referenten: Ministerialdirektor Julian Würtenberger, Martin Vossler (Vorsitzender AK Integration durch Bildung der CDU Südbaden)

Mitglieder der Projektgruppe:

Rolf-Peter Weber (Leiter), Felix Ockefuss, Vinzenz Bothe, Florian Naber

1 Kapitel 1: Südbaden 4.0 - Die Weichen für eine digitale Region richtig 2 stellen

3 4 1.1 Vorwort

5 Die Digitalisierung stellt die bisher größte Veränderung im 21. Jahrhundert dar. Es werden
6 völlig neue Möglichkeiten geschaffen, jede Branche und jeder Politikbereich wird durch
7 die Digitalisierung verändert und ganz neue Wirtschaftszweige entstehen. Doch die
8 Digitalisierung schafft auch neue Herausforderungen und Probleme. Ein völlig neuer
9 Regelungsbedarf entsteht in den neuen Branchen, besonders die Rechtslage in der
10 digitalen Welt ist oft unklar, der Netzausbau und die digitale Infrastruktur oft noch
11 ungenügend. Die Politik steht also vor vielen Chancen und Herausforderungen die
12 ergriffen und abgearbeitet werden müssen um unser Land erfolgreich und zukunftsfähig
13 aufzustellen. Nur so können wir effektiv an dieser „Digitalen Revolution“ partizipieren und
14 profitieren. Die Digitalisierung ist für die Junge Union Südbaden eines der zentralen
15 Zukunftsprojekte in der Region aber auch in ganz Deutschland.

16 17 1.2 Infrastruktur und Netzausbau

18 Glasfaserkabel ist für uns die einzige Möglichkeit langfristig mit der Digitalisierung Schritt
19 zu halten und die nötige Infrastruktur bereit zu stellen. Kupferbasierte Lösungen bieten
20 keine ausreichende Zukunftsperspektive. Der Einsatz und die Förderung von Vectoring
21 führen zu einem verlangsamten und teureren Ausbau der Glasfasernetze, dabei ist die
22 Vectoring-Technik bei der Datenübertragungsrates grundsätzlich beschränkt. Glasfaser ist
23 in jeder Hinsicht zukunftsfähiger und als Infrastruktur langfristig ausbaufähig sowie als
24 Rohstoff günstiger im Vergleich zu Kupfer. Wir lehnen die Förderung von Vectoring
25 deshalb ab. Zur zukunftsfähigen Versorgung aller Haushalte mit schnellem Internet muss
26 der Glasfaserausbau bis in die jeweiligen Haushalte (FTTB/FTTH) gewährleistet werden,
27 eine Versorgung lediglich bis zum nächstgelegenen Verteiler wird auf lange Sicht nicht
28 ausreichen. In schwer zu erschließenden Gebieten können funkbasierte Lösungen eine
29 Alternative sein. Auch der mobile Standard muss bis 2020 4G/5G sein. Dies bedeutet, eine
30 ganzheitliche deutschlandweite Netzabdeckung mit diesem Standard.

31 Die geplante Aufstockung für Fördermittel zum Netzausbau und das Bekenntnis des
32 Koalitionsvertrages zum Vorrang von Glasfaser vor Kupfer, sowie die
33 Mindestgeschwindigkeit von 50 Mbit/s, begrüßen wir. Dennoch werden Bekenntnisse

34 alleine nicht ausreichen. Der Freistaat Bayern stellt seinen Kommunen bis 2018 einen
35 Fördertopf von bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir fordern deshalb, dass auch
36 Baden-Württemberg einen Fördertopf mit mindesten 500 Millionen Euro bereitstellt und
37 den Kommunen ermöglicht, diesen bis in das Jahr 2020 in Anspruch zu nehmen.

38 Der Infrastrukturausbau muss, besonders im ländlichen Raum, zeitnah erfolgen. Bereits
39 heute sind die meisten größeren Städte mit Glasfaser und Verbindungen bis zu 400 Mbit/s
40 ausgestattet. Im Ländlichen Raum sind oft kaum mehr als 25 Mbit/s verfügbar. Bereits
41 jetzt kann dies einen enormen strukturellen Nachteil für Bevölkerungs- und
42 Wirtschaftsentwicklung im Ländlichen Raum darstellen. Diese Ungleichheit muss
43 kurzfristig, also in der laufenden Legislaturperiode, maßgeblich beseitigt werden, damit
44 der Ländliche Raum nicht langfristig abgehängt wird.

45 Bei Infrastrukturmaßnahmen (Straße, Schiene, Leitungen) verlangen wir eine
46 Verpflichtung zur Mitverlegung von Glasfaser-Leerrohren. Zudem müssen auch
47 Neubaugebiete von der Fördermöglichkeit eingeschlossen werden, es kann nicht sein, dass
48 eine Kommune aufgrund fehlender Glasfaserförderung bei Neubaugebieten auf Kupfer
49 statt Glasfaser setzen muss. Besonders die kommunalen und interkommunal
50 abgestimmten Glasfaserprojekte möchten wir weiter fördern, auch wenn ein privater
51 Glasfaseranbieter bereit steht, muss eine Versorgung einzelner Haushalte auf der Strecke
52 zu öffentlichen Gebäuden und Unternehmen ermöglicht werden.

53 Wir fordern, dass die Zuschussanträge für den kommunalen Glasfaserausbau wieder in
54 den Regierungspräsidien bearbeitet werden. Die Zentralisierung in Stuttgart hat die
55 Bearbeitungsdauer von Anträgen zum Teil verdreifacht. Weiter ist es nicht sinnvoll, wie es
56 der Koalitionsvertrag fordert, mehr Mitarbeiter in Stuttgart einzustellen und mit diesen
57 Anträgen zu beschäftigen, wenn diese bisher erfolgreich und schnell in den
58 Regierungspräsidien bearbeitet wurden und werden können. Hier kann mit einfachen
59 Mitteln Effizienz gesteigert und Kosten gespart werden.

60 Wir fordern die unbefristete Einrichtung eines Digitalisierungszentrums sowie eines
61 Zentrums für den Breitbandausbau beim Innenministerium Baden-Württemberg um
62 Digitalisierungs- und Netzausbauprojekte zu kanalisieren und zu koordinieren. Diese
63 Zentren dienen als Ansprechpartner für Kommunen, Unternehmen aber auch dem
64 interessierten Bürger.

65
66
67

68 1.3 Land und Verwaltung

69 In der Vergangenheit wurden Behörden und Verwaltungen besonders bezüglich
70 mangelnder Transparenz kritisiert. Die Digitalisierung bietet die Chance mit einfachen
71 Mitteln größtmögliche Transparenz zu schaffen. Wir fordern deshalb, dass die
72 verschiedenen Landesbehörden und Kommunalverwaltungen einen möglichst offenen
73 aber auch möglichst einfachen und übersichtlichen Zugang zu öffentlichen Akten,
74 Protokollen oder Verwaltungskarten bereitstellen.

75 Bereits die meisten großen Unternehmen bieten heutzutage einen Online-Support an.
76 Hier können im Chat kurz und problemlos einfache Probleme gelöst werden. Wir fordern,
77 dass auch öffentliche Verwaltungen sich hinsichtlich der Einführung moderner Online-
78 Support Angeboten offen zeigen und diese weiter ausbauen sollten. Verschiedene
79 Verwaltungsabläufe müssen komplett digitalisiert werden. Von der Antragstellung über
80 die Bearbeitung bis hin zur Rückmeldung können verschiedene Verwaltungsabläufe nicht
81 nur intern, sondern auch im Kontakt mit den Bürgern, digital abgehandelt werden.

82 Die Umstellung der Verwaltungsabläufe, weg von papierbasierten Lösungen hin zu
83 digitalen Akten und Bereitstellungslösungen, muss weiter forciert werden. Durch die
84 Vermeidung von papierbasierten Lösungen können Kosten gespart und die Umwelt
85 geschont werden. Kommunen fordern wir auf zu prüfen, ob besonders die Kommunikation
86 zwischen Verwaltung und Gemeinderat durch Tablet-Lösungen vereinfacht werden kann -
87 hierfür gibt es bereits Software-Lösungen die in vielen Gemeinden erfolgreich eingesetzt
88 werden.

89 Die Möglichkeit, Wahlen in Zukunft auch digital durchzuführen, muss geprüft werden.
90 Dabei hat die Sicherstellung eines störungs- und reibungslosen Ablauf oberste Priorität.
91 Wenn der Ablauf nicht unter Einhaltung aller Wahlgrundsätze gewährleistet werden kann
92 sprechen wir uns gegen jegliche Umsetzung aus.

93 Es gibt bereits verschiedene Projekte um Bibliotheken und Museen zu digitalisieren und
94 somit die Informationen einer breiten Öffentlichkeit einfach zugänglich zu machen. Diese
95 Projekte müssen deutlich schneller umgesetzt werden, besonders wenn die
96 angesprochenen Bibliotheken und Museen in staatlicher Hand sind muss die
97 Digitalisierung der Bestände absolut vorrangig sein. Zur Digitalisierung muss bereits jetzt
98 begonnen werden staatliche Museen durch den Einsatz von Virtueller Realität erlebbar zu
99 machen. Eine Museen und Bildungsapp sollte hierzu im Kultusministerium erarbeitet
100 werden.

102 **1.4 Digitalisierung in der Bildung**

103 Die Digitalisierung erfasst im Besonderen den Bildungssektor und bietet hier neue
104 Möglichkeiten. Diese müssen früh erkannt, getestet und umgesetzt werden. Dabei dürfen
105 allerdings Kernkompetenzen im klassischen Bildungsbereich nicht vernachlässigt werden.

106 Wir fordern, bereits früh und verstärkt Medienkompetenz um den Umgang mit digitalen
107 Medien und Technik zu vermitteln. Hierzu bedarf es besonders bei den Lehrkräften eine
108 konsequente Aus- und Weiterbildung. Nur wer die Technik und Abläufe der digitalen Welt
109 versteht kann diese auch erklären und den sorgfältigen Umgang damit vermitteln.

110 Die Bildungspläne müssen im Hinblick auf die Wichtigkeit der Digitalisierung geändert
111 werden. Wir fordern einen Aufbaukurs Informatik ab Klasse 7 an allen weiterführenden
112 Schulen, sowie das Wahlfach Informatik an Realschulen, Haupt-, Werkreal- und
113 Gemeinschaftsschulen. Auch an Gymnasien soll der Informatikunterricht besonders in
114 inhaltlicher Sicht überarbeitet und fortentwickelt werden.

115 Wir fordern im Schulunterricht grundsätzlich Tablets einzusetzen. Verschiedene Studien
116 belegen bereits, dass der konsequente Einsatz von digitalen Lerninhalten zu verbesserter
117 Lernleistung führt. Tests, Arbeitsblätter etc. können digital schneller korrigiert und
118 verarbeitet werden, Inhalte können interessanter und spielerischer vermittelt werden und
119 ein interaktives Lernen wird ermöglicht. Trotz des konsequenten Einsatzes von diesen
120 digitalen Medien dürfen essenzielle Lerninhalte, wie das Erlernen der Schrift sowie das
121 Kommunizieren und Spielen mit- und untereinander, nicht vernachlässigt werden. Die
122 Lehrkräfte müssen hier für eine ausgewogene Balance sorgen. Durch digitale
123 Lernplattformen können Papier und Kopierkosten eingespart werden und nicht zuletzt
124 die Umwelt entlastet werden.

125 Digitale Lernplattformen wie ILIAS werden in der Hochschulbildung bereits sehr
126 erfolgreich eingesetzt. Diese Plattformen können auch für die schulische Bildung
127 gewinnbringend eingesetzt werden. Gerade im Bereich Hausaufgaben sowie E-Learning
128 Angebote über den Unterrichtsstoff hinaus können Anreize zur Vertiefung des Lernstoffes
129 auch zuhause liefern. Wir fordern deshalb eine landesweite Bildungsplattform sowie eine
130 Beratungsstelle im Kultusministerium einzurichten, welche den Schulen bei der
131 Umsetzung eigener digitaler Lernplattformen zur Seite steht und diese untereinander
132 vernetzt. Ziel muss es sein, dass alle Schulen bis 2018 digitale Lernplattformen anbieten.

133 In der Erwachsenenbildung stellen digitale Seminarangebote eine neue und einfache Art
134 dar, sich von Zuhause weiter zu bilden. Stiftungen setzen diese digitalen Bildungsangebote
135 zum Teil schon erfolgreich um. Wir fordern, dieses Konzept auch auf der Ebene der

136 Volkshochschulen oder der Landeszentrale für politische Bildung verstärkt umzusetzen
137 und Online-Seminare anzubieten.

138 Virtuelle Realität wird in naher Zukunft schnell fortschreiten und bietet besonders in der
139 Bildung enorme Potentiale. Durch VR können virtuelle Welten aber auch Fotos und Videos
140 völlig neu erlebbar gemacht werden. Wir fordern VR besonders in abstrakteren Fächern
141 gewinnbringend einzusetzen. So erlaubt VR einen echten Blick in die Geschichte, aber
142 auch auf Monumente, Städte und die Natur auf der ganzen Welt. Wichtig ist hierbei jedoch
143 der Bezug zur Realität. VR sollte deshalb erst bei medial vorgebildeten Schülern ab der
144 7ten Klassen eingesetzt werden. VR ersetzt nicht das praktische erleben, sondern bietet
145 besonders in der Lehrmethode eine illustrierende Ergänzung.

146

147 **1.5 Mobilität**

148 Der digitale Wandel verschärft nicht nur den Wettbewerb zwischen Unternehmen, es
149 entsteht auch eine neue automobilwirtschaftliche Konkurrenz der Staaten und Kontinente.
150 Dies birgt sowohl Chancen als auch Risiken für das Automobilland Deutschland. Aus dieser
151 sprunghaften Weiterentwicklung der Mobilität begründet sich eine Verpflichtung der
152 Landes- und Bundesregierung zur aktiven Mitgestaltung dieser Entwicklung in Form einer
153 vorausschauenden Infrastrukturplanung und der Koordinierung einzelner Akteure von
154 Automobilindustrie, Energieversorger und Automobilverbänden.

155 Elektrifizierung, Automatisierung und Vernetzung sind die wichtigsten Neuerungen. Der
156 hieraus resultierende „Intelligente Verkehrsfluss“ bedeutet für die Allgemeinheit einen
157 Beitrag zum Umweltschutz und der Bewahrung der Schöpfung sowie der Reduzierung von
158 Verkehrsverstößen, sowie für das menschliche Individuum zudem Zeitersparnis durch eine
159 Reduzierung von Staus und Parkplatzsuche sowie Kostenersparnis und Senkung des
160 Unfallrisikos.

161 Wir fordern deshalb, die vernetzte Kommunikation der Fahrzeuge zu fördern, damit diese
162 Daten zu Wetter, Stauprognose, Verkehrsunfällen und Parkmöglichkeiten zwecks
163 effizienter Auswertung austauschen können. Grundsätzlich müssen dabei private
164 Finanzierungsmodelle verfolgt werden. Es darf höchstens zu einer öffentlichen
165 Anschubfinanzierung kommen, die keine Fehlanreize setzen darf.

166 Es ist unbedingt erforderlich, dass diese Daten anonymisiert versendet werden, damit
167 nicht durch Speicherung von Bewegungsmustern in die Privatsphäre des Einzelnen
168 eingegriffen werden kann. Wir lehnen eine Nutzung hieraus anfallender Daten für die
169 Ahndung von Verkehrsverstößen ab. Die Nutzung zur Aufklärung von Kapitalstraftaten

170 oder der Fahndung nach Schwerverbrechern zum Schutz der Allgemeinheit soll durch
171 richterlichen Beschluss weiter möglich sein.

172 Wir fordern zur Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit eine zeitnahe Anpassung der StVO
173 (Straßenverkehrsordnung), des StGB (Strafgesetzbuch), des StVG (Straßenverkehrsgesetz)
174 und die Regelung neuartiger Haftungsfragen zum „Autonomen Fahren“ und dem
175 „Intelligenten Verkehrsfluss“. Da in selbstfahrenden Autos keine Menschen, sondern
176 Computer Aktionen steuern, ist im Vorfeld die Haftungsfrage bei auf fehlerhafter
177 Kommunikation mit öffentlichen Ampeln und Sensoren basierenden Verkehrsverstößen
178 oder Verkehrsunfällen zu regeln, um Schuldfragen besser klären zu können. Langfristig ist
179 die Einrichtung von Schwerpunktgerichten oder Schwerpunktkammern „Verkehrsunfälle
180 Autonomes Fahren“ sinnvoll, um die Einbeziehung technischen Spezialwissens in die
181 juristischen Entscheidungen der zu erwartenden komplexen Sachverhalte zu erleichtern
182 und zu beschleunigen.

183 Wir fordern eine vorausschauende Infrastrukturplanung. Der Bau zukünftiger Projekte wie
184 Brücken und Tunnel sowie notwendigen Reparaturen bestehender Straßen muss derart
185 erfolgen, dass moderne Technik – die Digitalisierung ist auf lange Zeit nicht abgeschlossen
186 und wird sich immer weiter entwickeln – durch Module ohne großen Kostenaufwand
187 nachgerüstet werden kann und die Infrastruktur somit jederzeit auf dem aktuellsten Stand
188 bleibt. Weiter fordern wir die Erprobung neuer Formen von „Allgemeinen
189 Verkehrskontrollen“ seitens der Polizei von Ländern und Bund, sowie die Optimierung des
190 Einsatzes von Rettungskräften durch unmittelbare Einbindung in den „Intelligenten
191 Verkehrsfluss“.

192 Die Kaufprämie für Elektroautos setzt falsche Anreize und verfehlt ihr Ziel, langfristig
193 mehr Elektroautos auf die Straße zu bringen. Einen kurzfristigen, mit Steuergeldern
194 finanzierten, Verkaufsschub von Elektroautos lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen, die
195 Gelder gewinnbringender als Anreize zum Ausbau der Ladeinfrastruktur (z.B. an
196 Tankstellen) sowie zur Steigerung der Forschung und Entwicklung im Bereich E-Mobilität
197 und vernetzte Mobilität zu investieren.

198 Wir fordern den Schutz automobilen Kulturgutes und ein künftiges Nebeneinander
199 verschiedener Mobilitätsformen. Die Verwendung von individuell gesteuerten Oldtimern
200 und autonomen PKW muss in einer modernen Verkehrsinfrastruktur kompatibel bleiben.
201 Ebenso soll hierbei die Entwicklung unterschiedlicher Antriebsformen (Elektromobilität,
202 Wasserstoff) gefördert werden, um das Risiko der deutschen Automobilhersteller zu
203 reduzieren, dass sich eine Antriebsform nicht durchsetzen könnte

204 Wir fordern die Einsetzung einer Expertenkommission auf Bundesebene zur Klärung der
205 wichtigen Frage, ob autonomes Fahren nur mit "Führerschein" möglich sein soll oder
206 Passagiere lediglich als "Mitfahrer" gelten. Grundsätzlich dient die Möglichkeit des
207 individuellen Eingreifens eines Menschen in die PKW-Steuerung besonders bei
208 technischem Versagen der Verkehrssicherheit. (Analog zum Flugzeugcockpit.)
209 Andererseits könnte eine Nutzung selbstfahrender Autos gerade die individuelle Mobilität
210 älterer Menschen im ländlichen Raum stark erhöhen und hiermit ebenfalls der
211 Verkehrssicherheit dienen.

212 Auch der ÖPNV muss für die digitalen Herausforderungen nachgerüstet werden. Wir
213 fordern daher als Minimalziel, durchgehenden Mobilfunk- und LTE-Empfang auf den Nah-
214 und Fernverkehrsstrecken in Südbaden sicherzustellen. Darüber hinaus fordert die JU
215 Südbaden, bis 2020 flächendeckend gebührenfreies WLAN im öffentlichen Nahverkehr in
216 Südbaden bereitzustellen. Die Landesregierung und die Landkreise werden daher
217 aufgefordert, ihre Ausschreibungskriterien für den ÖPNV entsprechend anzupassen.

218

219 **1.6 Wirtschaft und Start-Ups**

220 Die Digitalisierung bietet völlig neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Bereits heute zählen
221 Softwareunternehmen und Soziale Netzwerke zu den zentralen Akteuren in der globalen
222 Wirtschaft. Europa kann sich in diesem Bereich bisher bei weitem nicht mit der
223 amerikanischen und zunehmenden asiatischen Marktdominanz messen. In Europa ist
224 jedoch noch immer eine starke Industrieproduktion beheimatet. Diese Produktion muss an
225 neuen Digitalisierungstechnologien partizipieren. Hierfür müssen die europäischen
226 Unternehmen jedoch die Chancen der Digitalisierung ergreifen. Wir fordern deshalb im
227 Wirtschaftsministerium eine Beratungsstelle Wirtschaft & Industrie einzurichten. Diese
228 Stelle soll Anlaufstation aber auch Impulsgeber für Digitalisierungslösungen für klein- und
229 mittelständische Unternehmen, aber auch für Großunternehmen, sein und die Wissens-
230 und Erfahrungsteilung zwischen den Unternehmen befördern.

231 Die Digitalisierung wird besonders im Bereich der Industrie einen neuen
232 Automatisierungsschub mitbringen. Dies ermöglicht es Unternehmen ihre Produktionen
233 vollautomatisiert in Europa zu errichten statt, wie in den letzten Jahren, auf
234 Produktionsstandorte im asiatischen Raum zu setzen. Diese neue Automatisierung wird
235 nicht ohne Wegfall von Arbeitsplätzen ablaufen, bietet jedoch für uns die Chance die
236 Stärke Europas, die klassische Industrieproduktion, mit den digitalen Entwicklungen zu
237 verbinden. Dadurch werden wiederum Arbeitsplätze in der Technik und Wartung

238 geschaffen. Diesen Strukturwandel gilt es politisch nicht zu verhindern, sondern
239 sozialverträglich und zukunftsgerichtet in Angriff zu nehmen. Wir unterstützen deshalb das
240 Anliegen Smart Factorys in Europa anzusiedeln und zu fördern. Besonders im Bereich
241 Robotik und Automatisierung, sowie im Bereich 3D-Druck sollen verstärkt Fördermittel
242 und Forschungs Kooperationen für Forschungsprojekte zu Verfügung gestellt werden.

243 Der globale Wirtschaftskreislauf wird ganz besonders durch die fortschreitende
244 Digitalisierung verändert. Dies schafft auch die Notwendigkeit neue
245 Regelungsmechanismen und Ordnungspolitiken auch im digitalen Wettbewerb
246 festzulegen. In den klassischen Wirtschaftsbereichen werden seit Jahrzehnten erfolgreich
247 Ordnungsmechanismen angewandt, diese müssen intelligent für den digitalen
248 Wettbewerb übertragen werden.

249 Die Videospieleindustrie ist mittlerweile umsatzstärker als die Filmindustrie. Wir
250 betrachten Videospiele als wichtiges Wirtschafts- und Kulturgut. Besonders inhaltlich
251 hochwertige Videospiele verdienen Anerkennung, wir unterstützen deshalb die Verleihung
252 des deutschen Videospieelpreis und sprechen uns gegen die pauschale Verurteilung von
253 Videospiele als Killerspiele aus. Das System der USK bietet eine gute Schutz- und
254 Kontrollmöglichkeit die jedoch auch strikt angewendet werden muss.

255 Wir möchten Ideen und nicht nur Abschlüsse fördern und fordern deshalb das
256 Gründerstipendium für alle. Es gibt zahlreiche Förderangebote in Deutschland wie den
257 Gründungszuschuss für Arbeitssuchende oder die EXIST-Stipendien für Akademiker. Diese
258 Förderangebote haben in der Praxis gemeinsam, dass sie mit strengen
259 Zugangsvoraussetzungen belegt und an bürokratischem Aufwand kaum zu überbieten
260 sind. Viele der erfolgreichsten Unternehmensgründer der Welt, wie Bill Gates, Steve Jobs,
261 Richard Branson und auch Mark Zuckerberg haben eines gemeinsam: Sie haben ihr
262 Studium abgebrochen. Für eine erfolgreiche Gründung ist ein Hochschulabschluss keine
263 zwingende Voraussetzung. Wir fordern deshalb eine zusätzliche Gründungsförderung
264 unabhängig vom Studienabschluss. Deshalb schlagen wir vor, auch Nicht-Akademikern die
265 Mitwirkung und Förderung in EXIST-Teams zu ermöglichen. Doch 1000 EXIST-Förderungen
266 in 5 Jahren sind zu wenig. Ein Deutschlandgründerstipendium mit niederschweligen
267 Hürden – zur Hälfte öffentlich, zur Hälfte privat finanziert – schließt diese Lücke im
268 Förderangebot und schafft Gründern die Basis, ihre Gründung in den ersten Monaten
269 erfolgreich an den Start zu bringen. Gründer müssen im Rahmen entsprechender
270 Förderprogramme vor ausufernder Bürokratie geschützt werden. Im Fall von EXIST-
271 Stipendium beispielsweise durch die Einrichtung einer zentralen und spezialisierten

272 Abrechnungsstelle für Sachmittelabrechnungen. Zudem ist es wichtig, die Gründer durch
273 regionale Kompetenz in den Wirtschaftsförderungen zu beraten und gezielt aus
274 potentiellen Förderungen anzusprechen und vorzubereiten.

275 Wie das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI im Auftrag der
276 Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages
277 aktuell ermittelte, nimmt Deutschland in der Gesamtbetrachtung der rechtlichen und
278 steuerlichen Rahmenbedingungen für Venture Capital Deutschland den letzten Rang
279 innerhalb der EU ein. Insbesondere stellt das Gutachten fest, dass Deutschland als
280 Fondsstandort nur eine geringe Attraktivität aufweist, weshalb Fonds häufig ihren Sitz in
281 anderen europäischen oder außereuropäischen Staaten haben. Wir fordern: Deutschland
282 benötigt ein eigenständiges und international wettbewerbsfähiges Regelwerk für den
283 gesamten Bereich des privaten Beteiligungskapitals. Die Umsetzung der AIFMD (EU
284 Richtlinie zur Regulierung des Private Equity und Venture Capital Marktes) ist eine
285 Chance, um ein solches Regelwerk zu schaffen. Eine dauerhafte Erhaltung des §8b KStG ist
286 für mehr Rechtssicherheit und Planbarkeit ist dringend notwendig. Die zu restriktive
287 Regelung zur Nutzung des Verlustvortrags bei Beteiligungen gerade an Startups muss
288 gelockert werden. Die grundsätzliche Umsatzsteuerpflicht von Management-Fees stellt
289 eine in Europa einmalige Diskriminierung des Standorts für deutsche Fonds dar. Auch
290 sollen wertmindernde Klauseln bei der Ermittlung des Unternehmenswertes berücksichtigt
291 werden. Liquidationspräferenzen, Verwässerungsschutz, Mitspracherechte von Investoren
292 etc. haben, ceteris paribus, einen wertmindernden Effekt. Dies muss auch steuerlich bei
293 der Unternehmensbewertung berücksichtigt werden.

294

295 **1.7 Gesellschaft, Recht und Sicherheit**

296 Das Internet kann und darf keinen rechtsfreien Raum darstellen. Da allerdings das Internet
297 nicht an den Ländergrenzen halt macht, ist es notwendig europäische Lösungen im
298 Umgang mit Regelungen im World Wide Web zu finden. Rechtlich fordern wir besonders
299 im Bereich des Urheberrechts und der Netzneutralität klare Regelungen zu finden.

300 Das Internet bietet jeher auch die Möglichkeit zur Kriminalität. Besonders die schwierige
301 Zuordnung solcher Delikte stellen Sicherheitsbehörden vor Probleme. Aber auch
302 Terrorismusabwehr und Datenschutz müssen in der digitalen Welt sichergestellt werden.
303 Wir unterstützen deshalb die Initiative des Innenministeriums, 300 neue Stellen bei der
304 Polizei zu schaffen, die sich explizit mit Cyberkriminalität beschäftigen. Die Kooperation
305 von europäischen und internationalen Sicherheitsbehörden muss besonders in der

306 digitalen Welt weiter intensiviert werden. Bei diesen Diskussionen muss allerdings auch
307 der Datenschutz eine maßgebliche Rolle spielen.

308 Letztendlich müssen jedoch auch für die Digitalisierung verantwortungsvolle und ethische
309 Grenzen gelten. Mit den wachsenden Möglichkeiten der Digitalisierung muss auch eine
310 Auseinandersetzung besonders mit ethischen Fragen und Grenzen erfolgen. Die Vision
311 eine künstliche Intelligenz zu erschaffen, welche intelligenter ist als der menschliche
312 Verstand, Gedanken zu lesen oder sogar zu verändern sind keine Szenen aus einem Sci-Fi
313 Film sondern könnten bereits in wenigen Jahren Realität werden. Wir sprechen uns
314 deutlich gegen diese Entwicklungen aus. Kommunikation, das menschliche und
315 gegenseitige Erleben, das Erleben der eigenen Umwelt und der Natur können und dürfen
316 nicht durch eine digitale Realität ersetzt werden. Der Umgang mit der Digitalisierung muss
317 immer verantwortlich geschehen. Wir fordern solche Fragen prioritär in der
318 Ethikkommission auf Bundesebene zu thematisieren und Entwürfe für bindende
319 Richtlinien in Wirtschaft und Forschung zu erarbeiten. Auf europäischer Ebene muss ein
320 ähnlicher Diskussionsprozess angestoßen werden.

321

322 **Kapitel 2: Bildung 2030 – Moderne Bildung für ein modernes Südbaden**

323 **2.1 Vorwort**

324 Bildung ist die wichtigste Ressource, die wir in Deutschland haben. Ohne eine
325 zielgerichtete Bildungspolitik verlieren wir nicht nur massiv an Wirtschaftskraft, ein
326 mangelhaftes Bildungssystem zieht zudem gesellschaftliche Probleme nach sich. Wir
327 wollen daher Impulse setzen für eine Verbesserung des deutschen und baden-
328 württembergischen Bildungssystems. Dazu gehört für uns nicht nur die schulische Bildung,
329 sondern in gleicher Weise auch das Ausbildungs- und Studiensystem.

330 **2.2 Schule**

331 **2.2.1 Mehr und früherer Politikunterricht**

332 Viele junge Menschen in Deutschland interessieren sich zunehmend weniger für Politik.
333 Dies liegt auch daran, dass Jugendliche zu spät mit Politik in Berührung kommen. Wenn
334 Politik als Schulfach erst in der 8. Klasse mit einer Jahreswochenstunde eingeführt wird,
335 vermittelt auch die Schule nicht gerade den Eindruck, dass Politik wichtig sei. Zudem
336 fokussiert sich Politikunterricht zu sehr auf Faktenwissen statt auf das Verstehen und
337 Erleben von Politik. Dadurch fehlt den Schülern ein grundlegendes Verständnis für den
338 Weg, den demokratische Entscheidungen zurücklegen. Dies führt wiederum dazu, dass sie
339 sich von der Politik oft missverstanden fühlen, selbst politikverdrossen werden oder sich
340 im Extremfall sogar demokratiefeindlichen Bewegungen anschließen. Wir finden deshalb,
341 dass der Bildungsplan in diesem zentralen Punkt seiner großen Verantwortung nicht
342 gerecht wird. Die Junge Union Südbaden fordert daher einen früheren Beginn des
343 Politikunterrichts in allen Schularten. Zudem muss der Politikunterricht vermehrt
344 innovative Konzepte, wie z.B. Planspiele aufgreifen, um politische Entscheidungswege
345 besser zu verstehen. Es muss darum gehen, Politik erleben zu können. Dazu gehören auch
346 regelmäßige Besuche im (Jugend-) Gemeinderat. Dadurch können das Fundament für
347 politisches Interesse gelegt und die Schüler zu Bürgern erzogen werden, die ihre
348 Möglichkeiten, in unserer Demokratie mitzugestalten, wahrnehmen.

349

350 **2.2.2 Beständigkeit im Bildungssystem**

351 In den vergangenen Legislaturperioden wurden viele tiefgreifende Änderungen in
352 unserem Bildungssystem vorgenommen. So verursachte die Abschaffung der
353 verbindlichen Grundschulempfehlung eine Verdoppelung der Durchfallquoten in der 5./6.

354 Klasse, während es bei der Einführung von G8/G9-Mischversuchen zu Fällen kam, in denen
355 Kinder mit Anmeldung für das G9 G8-Klassen zugelost wurden. Wir fordern, dass das Hin
356 und Her in der Bildungspolitik in Zukunft unterlassen wird, denn es muss klar sein, dass
357 diese Vielzahl von Veränderungen einzig die Schüler belastet und die Qualität an den
358 Schulen beeinträchtigt. Die allgemeine Strukturdebatte schadet allein der Qualität
359 unseres Bildungssystems. Wir fordern, dass im Mittelpunkt der Bildungspolitik die
360 individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers stehen muss, egal in welchem Schultyp.
361 Allerdings müssen die einzelnen Schultypen gleichgestellt sein, finanzielle Vorteile oder
362 höhere Betreuungsschlüssel müssen abgeschafft werden. Insbesondere muss aber auch
363 darauf Wert gelegt werden, dass auch diejenigen Schulen, die nicht zur Hochschulreife
364 führen, gefördert werden, damit dem Arbeitsmarkt genügend qualifizierte Arbeitskräfte
365 zur Verfügung stehen.

366

367 **2.2.3 Extremismus vorbeugen**

368 Schulische Bildung ist der zentrale Baustein im Leben junger Menschen. Sie begleitet
369 jeden einzelnen in unserer Gesellschaft auf dem Weg in ein selbständiges Leben. Hierbei
370 hat sie nicht nur einen Bildungs- sondern auch einen Erziehungsauftrag. Durch einen
371 geregelten Bildungsablauf gelingt es auch stärker, politischem und religiösem Fanatismus
372 vorzubeugen.

373 Auf dem Gebiet des religiösen Extremismus ist vor allem der radikale Islam im Fokus. Die
374 meisten Muslime in Deutschland bekommen den Islam fast ausschließlich in Moscheen
375 gelehrt, die von Staaten finanziert werden, welche unsere demokratischen Grundwerte
376 nur bedingt teilen. So ist die Gefahr höher, dass diese radikalisiert werden. Um dies zu
377 verhindern ist es notwendig, dass die religiöse Bildung primär unter staatlicher Aufsicht
378 stattfindet. Die Junge Union fordert deshalb die Einrichtung von Islamunterricht durch an
379 deutschen Universitäten ausgebildete Theologen, um jungen Muslimen einen aufgeklärten
380 Islam beizubringen und eine Radikalisierung und Abschottung zu verhindern.

381

382 **2.2.4 Lehrerausbildung verbessern**

383 Die Qualität der Schulbildung hängt entscheidend von den unterrichtenden Lehrern ab. Es
384 muss deshalb sichergestellt werden, dass sich möglichst viele hoch qualifizierte Leute für
385 den Lehrerberuf entscheiden. Wir fordern deswegen Entscheidungen und Praktiken, die
386 solche Leute vom Lehrerberuf abhalten, wie die Entlassung von Vertretungslehrern über
387 die Sommerferien zu unterlassen. Wir brauchen mehr Lehrer, die ihren Beruf lieben und

388 weniger, die Lehrer werden, weil sie nicht wissen, was sie sonst machen sollen. Außerdem
389 muss gerade in den weiterführenden Schulen darauf geachtet werden, dass eine Klasse
390 über die Jahre hinweg auch unterschiedliche Lehrer erhält.

391 Aber auch die Qualität der Lehrerausbildung muss verbessert werden. Häufig sind Schüler
392 überfordert, was oft zu verhaltensauffälligen Mustern führt. Gerade weil es sich hier um
393 Kinder handelt, die sich noch in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit befinden, ist es
394 wichtig, dass die Lehrer individuell auf die einzelnen Schüler eingehen und sie
395 unterstützen. Mit solchen Problemen sind jedoch viele Lehrer überfordert. Wir fordern
396 deshalb, dass die pädagogischen Fähigkeiten in der Ausbildung der Lehrkräfte eine viel
397 stärkere Rolle spielen, damit Schüler mit Problemen sofort unterstützt und richtig
398 begleitet werden können.

399

400 **2.2.5 Vergleichbarkeit erhöhen**

401 Einzelne Schulen einer Schulart, aber auch verschiedene Klassen an einer Schule
402 unterscheiden sich in Methodik, Aufbau und Anforderungen des Unterrichts oftmals stark.
403 Das führt dazu, dass Schüler überall in Baden-Württemberg unterschiedlich gut
404 unterrichtet werden und sich auf sehr unterschiedenen Leistungsniveaus befinden. Der
405 Wechsel einer Schule bedeutet eine belastende Umstellung für die Schüler. Um ein
406 gleichmäßiges Niveau zu schaffen und den Schülern die gleichen Chancen zu bieten,
407 fordert die JU-Südbaden, dass die Schulen bei der Ausarbeitung der Lehrpläne, dem
408 Einsatz von Unterrichtsmaterialien und der Verteilung von Kontingentstunden deutlich
409 besser zusammen arbeiten.

410

411 **2.2.6 Kontrolle der Lehrertätigkeit**

412 Lehrer gehören zu einer Berufsgruppe, die keiner vergleichbaren Leistungskontrolle
413 unterliegt. Daher müssen die bereits durchgeführten Vergleichsarbeiten in die Noten
414 einfließen. Zudem dürfen diese auch nicht mehr von dem Fachlehrer der Klasse korrigiert
415 werden, sondern anonym von Kollegen anderer Schulen. Dies sorgt dafür, dass die
416 Vergleichsarbeiten valide Vergleiche zwischen mehreren Klassen liefern. So können Lehrer
417 mit schwächeren Leistungen ausfindig gemacht werden. Dies verleitet dazu, den eigenen
418 Unterricht ständig zu überdenken und zu verbessern. Ein anderer Baustein, der die
419 Vergleichbarkeit von Lehrerleistungen steigern würde, wäre eine regelmäßige Bewertung
420 des Unterrichts durch (auch unangekündigte) Unterrichtsbesuche des Rektors oder von

421 Kollegen. So würde man einer Entwicklung vorbeugen, dass Schülern beispielsweise
422 beigebracht wird, der Bundeskanzler würde in Deutschland direkt vom Volk gewählt.

423

424 **2.2.7 Berufsorientierung professionalisieren**

425 Schule ist nicht nur ein Ort, an dem Wissen vermittelt werden soll. Vielmehr sollen hier die
426 Schüler auch auf das Leben vorbereitet werden. Dazu gehört insbesondere eine gezielte
427 Berufsorientierung.

428

429 **2.2.8 Moderner Unterricht**

430 Der Lehrplan orientiert sich in der Ausgestaltung der Fächer oft noch an veralteten
431 Vorstellungen des Schulunterrichts. Beispielsweise kommt der richtige Umgang mit
432 Medien viel zu kurz. Eine Einführung in Excel als alleiniger IT-Unterricht kann den
433 modernen Anforderungen des Berufslebens in keinster Weise gerecht werden. Hier
434 fordern wir deswegen mehr Unterrichtsstunden und eine besser Aus- und Weiterbildung
435 der Lehrkräfte.

436 Aber auch der Sportunterricht muss dringend reformiert werden. Dieser soll dazu dienen,
437 junge Menschen von Bewegung zu begeistern. Angesichts der zunehmenden Fettleibigkeit
438 in unserer Gesellschaft, kann von einem Erfolg nicht wirklich gesprochen werden. Ein
439 Grund dafür ist, dass der Sportunterricht nur diejenigen anspricht, die sowieso schon
440 sportlich sind. Diejenigen, die jedoch keinen Sport oder keinen Massensport betreiben,
441 werden von den überzogenen Leistungsanforderungen allerdings zu sehr abgeschreckt.
442 Wir fordern deswegen, den Sportunterricht in Zukunft so auszugestalten, dass hier Spiel
443 und Spaß und nicht die Leistung im Mittelpunkt stehen. Daher dürfen im Sportunterricht
444 keine Noten mehr vergeben werden. Selbstverständlich muss jedoch in der Oberstufe die
445 Möglichkeit bestehen bleiben, Sport als Kernfach zu wählen und hier auch benotet zu
446 werden.

447 **2.3 Hochschule**

448 **2.3.1 Flexibilität im Studium**

449 Die Deutsche Hochschullandschaft unterliegt in den letzten Jahren nicht nur durch den
450 Bologna-Prozess tiefgreifenden Veränderungen. Die damit einhergehenden Reformen
451 bieten große Chancen für eine Weiterentwicklung der Universitäten und Hochschulen.
452 Gerade in Südbaden muss dabei aber darauf geachtet werden, dass die Veränderungen
453 nicht zu Lasten der Qualität von Forschung und Lehre in den beiden Exzellenzuniversitäten

454 Freiburg und Konstanz gehen. Die Junge Union setzt sich deswegen dafür ein, dass trotz
455 der Einführung des Bachelor- und Mastersystems in den meisten Fächern, die Freiheit der
456 Lehre als Grundpfeiler des Humboldtschen Bildungsideals erhalten bleibt. Studenten sind
457 junge Erwachsene, die selbstbestimmt ihre Ausbildung organisieren, und keine ältere
458 Kategorie Schüler, gegenüber denen der Staat einen Erziehungsauftrag hat. Wir setzen uns
459 deswegen dafür ein, nicht notwendige Anwesenheitspflichten in Lehrveranstaltungen
460 abzuschaffen und das Studium nicht zu sehr zu verschulen. Dazu gehört auch mehr
461 Flexibilität in der Wahl des Studienablaufs und der Studieninhalte.

462

463 **2.3.2 Minderjährige unterstützen**

464 Im Zuge der Einführung von G8 und der Aussetzung der Wehrpflicht gibt es inzwischen
465 vermehrt 17-jährige, die mit ihrem Studium beginnen. Dies führt zu verschiedenen
466 Problemen, denen nicht nur die Studenten selbst, sondern auch die Universitäten
467 ausgesetzt sind. Mit 17 kann man sich weder selbst immatrikulieren, noch den Mietvertrag
468 unterschreiben, man benötigt bei Exkursionen das Einverständnis der Eltern, etc. In den §§
469 112,113 BGB hat der Gesetzgeber für Minderjährige, die einer selbständigen
470 Erwerbstätigkeit nachgehen, oder in ein Arbeitsverhältnis treten, die Möglichkeit der
471 sogenannten partiellen Geschäftsfähigkeit vorgesehen. Die Minderjährigen brauchen in
472 diesem Falle nur die einmalige Einwilligung der Eltern und können fortan alle Geschäfte,
473 die mit der Erwerbstätigkeit oder dem Arbeitsverhältnis in Zusammenhang stehen, selbst
474 vornehmen. Wir treten dafür ein, diese Möglichkeit auf das Studium zu erweitern. Es ist
475 nicht ersichtlich, warum es für weitreichende Entscheidungen im Arbeitsleben die
476 Möglichkeit gibt, diese selbst vorzunehmen, und für solche des Studiums nicht. Die
477 Einführung der partiellen Geschäftsfähigkeit für das Studium würde eine Lücke schließen
478 und allen Beteiligten viel Arbeit abnehmen.

479 Zudem müssen für unter 18-jährige bessere Chancen geschaffen werden, die Zeit bis zur
480 Volljährigkeit zu überbrücken, um nicht schon minderjährig mit dem Studium anfangen zu
481 müssen. Hierfür bieten sich beispielsweise besondere FSJ-Angebote im Ausland für
482 Minderjährige an. Bisher ist es vielen Schülern verwehrt, sich ihren Traum vom Ausland zu
483 erfüllen, weil sie zu jung von der Schule kommen. Auch das BuFDi-Angebot kann hier ein
484 wichtiger Baustein sein.

485

486

487

488 **2.3.3 Auslandserfahrung ermöglichen – Persönlichkeit stärken**

489 Ebenso müssen die Möglichkeiten eines Auslandssemesters/-jahres im Studium ausgebaut
490 werden. Solche Erfahrungen dienen nicht nur der Qualifikation durch den Erwerb einer
491 Sprache, sondern sind auch für die fachliche und persönliche Weiterentwicklung nicht
492 hoch genug zu bemessen. Hierbei ist die finanzielle Unterstützung durch das ERASMUS-
493 Programm der Europäischen Union schon sehr gut ausgebaut. Darüber hinaus müssen
494 allerdings auch weitere Hürden gesenkt werden. So bietet es sich zum Beispiel an,
495 Leistungen, die im Ausland erbracht werden, vermehrt auch im deutschen Studium
496 anzuerkennen, oder die Universitäten dazu anzuhalten, Doppelabschlussprogramme mit
497 Partneruniversitäten aufzulegen. Weitere Anreize können zum Beispiel durch die
498 Förderung von Auslandspraktika durch die Universitäten gesetzt werden.

499 Eine weitere Möglichkeit, ist die Anerkennung der Auslandszeit als Urlaubssemester,
500 damit nicht die Gefahr besteht, durch den Auslandsaufenthalt die Regelstudienzeit zu
501 überschreiten. Die Junge Union setzt sich zudem dafür ein, dass die Möglichkeit der
502 Beurlaubung oder der Erteilung von Freisemestern für studiennahe Zwecke (z.B. Moot
503 Courts im Jurastudium) verbessert werden soll. Dies fördert die Individualität und Freiheit
504 in der Lehre und trägt dazu bei, dass man im Studium auch über den Tellerrand schauen
505 kann.

506

507 **2.3.4 Finanzierung sicherstellen**

508 Nach dem Wegfall der Studiengebühren haben viele Universitäten derzeit ein massives
509 Problem mit der Finanzierung von Forschung und Lehre. Die versprochenen
510 Kompensationszahlungen können die Finanzierungslücke bei weitem nicht decken. Für uns
511 ist klar, dass das Land hier einen klaren Finanzierungsauftrag hat, um auch künftig die
512 Qualität von Forschung und Lehre sicherzustellen. Es kann nicht sein, dass Studenten in
513 den letzten zwei Wochen vor ihrer Abschlussprüfung keinen Zugang zur
514 Universitätsbibliothek haben, weil die Universität kein Geld hat, diese über den
515 Jahreswechsel zu öffnen, wie dies in Baden-Württemberg schon geschehen ist. Auch darf
516 es nicht so weit kommen, dass Lehrveranstaltungen wegen des Finanzierungsdefizits nicht
517 mehr angeboten werden können.

518 Die Junge Union legt außerdem Wert darauf, dass die finanzielle Unterstützung im
519 Studium durch BAföG für eine möglichst große Zahl an Studenten gewährleistet ist. Auch
520 Studenten neuartiger Studiengänge müssen Zugang zu dieser Art der Finanzierung

521 erhalten. Zudem kann eine finanzielle Entlastung der Studenten dadurch entstehen, dass
522 Studenten nur einen verringerten Rundfunkbeitrag zahlen müssen.

523

524 **2.3.5 Masterplätze ausbauen – Innovation stärken**

525 Der Übergang zum Bachelor- und Mastersystem durch den Bologna-Prozess sollte
526 eigentlich dazu führen, dass mit dem Bachelor bereits ein erster berufsqualifizierender
527 Abschluss erworben werden kann. Dies geht jedoch an der Realität vorbei. Die wenigsten
528 Bachelor-Absolventen erhalten einen guten Job mit Karriereaussichten. Hierfür sind fast
529 alle Studenten auf einen Master angewiesen. Daher setzen wir uns dafür ein, die Anzahl
530 der Masterplätze kontinuierlich zu erhöhen, um langfristig jedem Bachelor-Absolventen
531 einen solchen anbieten zu können.

532 Dies würde zudem die Akzeptanz von neuen, innovativen Studiengängen erhöhen. Auf
533 solche sind wir in Baden-Württemberg angewiesen, wenn wir in Zukunft mit der
534 gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten und international wettbewerbsfähig bleiben
535 wollen. Um solche neuen Modelle zu fördern, setzen wir uns auch für die Abschaffung der
536 Akkreditierungspflicht ein.

537 **2.4 Berufliche Bildung**

538 **2.4.1 Stärkung ggü. Studium**

539 Für die Ausbildungsbetriebe unserer Wirtschaft wird es zunehmend schwer, geeignete
540 Auszubildende zu finden. Ein großes Problem dabei ist, dass viele junge Leute das Studium
541 der Ausbildung vorziehen. Es ist deswegen zwingend notwendig, die berufliche Bildung
542 gegenüber den zahlreichen Studiengängen zu stärken. Die praktische Ausbildung ist in
543 vielen Bereichen dem theoretischen Studium überlegen. Eine fundierte Ausbildung führt
544 zu schnellerer Unabhängigkeit durch eigenes Einkommen und dadurch auch zu einer
545 Entlastung der öffentlichen Kassen. Um eine solche Stärkung zu gewährleisten dürfen
546 keine überzogenen Anforderungen an die Bewerber gestellt werden. Eine Erzieherin
547 benötigt zum Beispiel kein Abitur. Daher müssen solche Ausbildungsberufe auch für
548 diejenigen offen gehalten werden, die den entsprechenden Abschluss haben, was auch
549 dazu führt, dass auch Hauptschüler eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben.
550 Gleichzeitig muss allerdings auch sichergestellt werden, dass die Absolventen der Schulen
551 geeignete Fähigkeiten mitbringen.

552

553

554 **2.4.2 Berufsorientierung**

555 Die Berufsorientierung ist oft unzureichend. Aktuell beschränkt sich diese oft auf ein
556 Praktikum wie „BoRS“ (Berufsorientierung an der Realschule) und vereinzelte
557 Informationsveranstaltungen, die meistens jedoch ein sehr kleines Spektrum an
558 vorgestellten Berufen aufweisen. Wir fordern deswegen nicht nur mehr Zeit für die
559 Berufsorientierung, sondern auch eine bessere Ausbildung der Lehrer in dieser Hinsicht.
560 Zudem müssen auch die öffentlichen Stellen wie das BIZ der Bundesagentur für Arbeit
561 besser und professioneller ausgestattet werden. Es muss außerdem frühzeitig auf
562 Kooperationen zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben gesetzt werden, damit
563 Schüler sich intensiver über die verschiedenen Berufsfelder informieren können und einen
564 besseren Überblick erhalten. Dies führt dazu, dass sich wieder mehr Schüler für eine
565 Ausbildung entscheiden. Auf der anderen Seite erhalten Lehrbetriebe so auch die
566 Möglichkeit der besseren Bewerberauswahl.

567

568 **2.4.3 Möglichkeiten von Auslandsaufenthalten verbessern**

569 Auslandsaufenthalte sind nicht nur für die Persönlichkeitsbildung von Studenten von
570 enormem Vorteil, sondern die Vorteile sind auch für Auszubildende nicht zu
571 unterschätzen. Hierdurch können sowohl die Auszubildenden als auch die Unternehmen
572 profitieren. Die JU Südbaden fordert daher die Unternehmen auf, vermehrt solche
573 Auslandsaufenthalte zu ermöglichen. Gleichzeitig sollten diejenigen Ausbildungsbetriebe,
574 die ihren Auszubildenden Auslandsaufenthalte ermöglichen, staatliche Förderung
575 erhalten, um in diese Richtung Anreize zu setzen. Hierbei ist es auch möglich, sofern keine
576 Standorte im Ausland verfügbar sind, mit anderen Unternehmen der gleichen Sparte
577 Vereinbarungen zu schließen und die Azubis untereinander für 3 Monate auszutauschen,
578 damit diese Praxiserfahrung sammeln können und über den eigenen Tellerrand
579 hinausschauen können. Zusätzlich wird dadurch die Attraktivität des Unternehmens und
580 der Ausbildung insgesamt erhöht.

581

582 **2.4.4 Meisterausbildung attraktiver gestalten**

583 Es muss sich für die potenziellen Auszubildenden wieder lohnen, eine Ausbildung zu
584 beginnen. Den Schülern muss aufgezeigt werden, dass mit Abschluss einer Ausbildung die
585 berufliche Weiterentwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist. Es muss interessante
586 Weiterbildungsmöglichkeiten geben, die auch finanziell lukrativ sind. Dazu gehört

587 insbesondere die Meisterausbildung. Deshalb müssen die Möglichkeiten, die das
588 sogenannte Meister-BaFöG heute bereits bietet, weiter verbessert und beworben werden.

589

590 **2.4.5 Ausbildung statt Arbeit**

591 Auszubildende sind keine billigen Arbeitskräfte. Bisher besteht nur die Pflicht eines
592 Berichtshefts für den Auszubildenden. Andererseits gibt es keinen Bericht des Ausbilders
593 über seine erbrachte Leistung, die vom Azubi gegengezeichnet werden muss. Wir fordern
594 deshalb die Einführung einer solchen Berichtspflicht der Ausbilder. So wird es
595 wahrscheinlicher, dass sich die Unternehmen mehr Zeit für die Azubis nehmen und
596 intensiver mit ihnen beschäftigen. Ziel ist es, nach Ausbildungsende einen vollwertigen
597 Mitarbeiter zu haben, der sich mit dem Unternehmen bereits identifiziert und
598 dementsprechend Leistung erbringen kann. Dem Auszubildenden sollte zudem bei guter
599 Leistung eine Übernahme garantiert werden, was zusätzlich zur Identifikation mit dem
600 Unternehmen beitragen kann.

601

602 **2.4.5 Bessere persönliche Qualifikation der Ausbilder**

603 Bei Auszubildenden handelt es sich meist um Jugendliche. Diesen ist während der
604 Ausbildungszeit nicht nur mit fachlicher Kompetenz zur Seite zu stehen, sondern auch mit
605 persönlicher und sozialer Kompetenz seitens des Ausbilders. Probleme des
606 Auszubildenden im sozialen Umfeld, Probleme vor Prüfungen, etc. können das
607 Lernverhalten stören. Die Junge Union Südbaden setzt sich deswegen dafür ein, dass
608 Ausbilder auch auf persönlicher und pädagogischer Ebene eine bessere Qualifikation
609 erhalten.

610

611 **2.4.7 Keine Verlängerung der Ausbildungszeiten**

612 Um die Attraktivität der Ausbildung zu erhöhen, muss insbesondere die Ausbildungszeit
613 überschaubar bleiben. Dabei müssen alle Zeiten, die zur (Aus-) Bildung investiert werden
614 soweit möglich angerechnet werden. Wir fordern deshalb auch Abschlüsse
615 berufsqualifizierender vollzeitschulischer Bildungsgänge als vollwertige Zugänge zum
616 Arbeitsmarkt zu akzeptieren. Ebenfalls müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden,
617 ausländische Bildungsabschlüsse in Deutschland anzuerkennen, ohne die hohen Standards
618 unserer dualen Ausbildung auszuhöhlen. Dies dient zudem der besseren Integration.

619

620

621 **2.4.8 Neue Partnerschaft im dualen Ausbildungssystem**

622 Viele junge Menschen sind nach der Schule nicht für eine Ausbildung qualifiziert. Unser
623 Ziel muss es sein, auch diesen Menschen eine Zukunft zu eröffnen und ihnen Zugang zum
624 Arbeitsmarkt zu geben. Hierzu gibt es bereits Projekte wie das sogenannte
625 Berufsvorbereitende Jahr (BFJ). Das kann jedoch nicht ausreichen. Zum einen muss die
626 schulische Ausbildung so sehr gestärkt werden, dass der Schulabschluss auch wirklich eine
627 Ausbildungsreife verspricht. Zum anderen kann die Schaffung von arbeitsmarktfähigen
628 Ausbildungsberufen mit weniger komplexen Anforderungen, um die Begabungen der
629 Jugendlichen besser auszuschöpfen, einen Einstieg ins Berufsleben bieten. Bei
630 erfolgreichem Abschluss der Ausbildung kann dann die Erweiterung der Qualifikation
631 möglich sein. Hierbei muss auf eine Partnerschaft von öffentlicher Hand und privaten
632 Unternehmen gesetzt werden.

633 **Kapitel 3: Wirtschaftsstandort 2030 – Südbaden wettbewerbsfähig und** 634 **sozial aufstellen**

635

636 **3.1 Die Junge Union Südbaden steht für soziale Marktwirtschaft**

637 Die Junge Union Südbaden bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Die Grundidee
638 Ludwig Erhards, die Freiheit aller, die als Anbieter oder Nachfrager am Markt teilnehmen,
639 zu schützen und gleichzeitig für sozialen Ausgleich zu sorgen, hat auch heute nicht an
640 Bedeutung verloren. Die soziale Marktwirtschaft ist ein Grundpfeiler unserer freiheitlichen
641 Gesellschaft, da sie wirtschaftlichen Wohlstand ermöglicht und gleichzeitig den sozialen
642 Zusammenhalt sichert. Ein freiheitliches Wirtschaftssystem, basierend auf der
643 Eigenverantwortung der Akteure in Kombination mit einem System der sozialen
644 Absicherung, dass Härten abfedert und Ausgleich ermöglicht, soll daher auch in Zukunft
645 den wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sichern.
646 Die soziale Marktwirtschaft mit ihren Grundsätzen von Freiheit und Ausgleich ist damit
647 zutiefst christdemokratisch. Wir wollen daher, dass die CDU und die Junge Union auch
648 weiterhin die Partei der sozialen Marktwirtschaft bleiben. Umsomehr müssen wir auf
649 aktuelle Fragen des Wirtschafts- und Sozialsystems in Südbaden und Deutschland neue
650 Antworten finden. Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und deren Grundsätzen
651 liefert eine Richtschnur, Antworten auf aktuelle Fragen und Probleme zu finden.

652

653 **3.2 Wirtschaft bedeutet Eigenverantwortung: für Alle.**

654 Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft ist dabei die Eigenverantwortung der
655 handelnden Personen. Dies bedeutet zunächst den Vorrang der Eigenverantwortung vor
656 staatlichen Eingriffen für Konsumenten, beispielsweise bei Fragen des
657 Verbraucherschutzes oder der sozialen Absicherung. Der Grundsatz der
658 Eigenverantwortung impliziert jedoch auch eine konsequente Anwendung des
659 Haftungsprinzips, für das sich die Junge Union Südbaden ausspricht.

660 In jüngster Vergangenheit haben sich wiederholt fehlerhafte Strukturen in der Gestaltung
661 von Spitzenmanagergehältern aufgezeigt, die in der Bevölkerung zu Recht für Verärgerung
662 gesorgt haben. Zu oft erhalten Vorstandsmitglieder bekannter Großkonzerne horrende
663 Bonuszahlungen, obwohl das Unternehmen hohe Verluste zu verzeichnen hat. Den
664 Schaden solcher wirtschaftlichen Misserfolge tragen häufig die Arbeitnehmer und
665 Eigentümer anstatt diejenigen, die diesen maßgeblich mit verursacht haben.

666 Wir fordern daher mehr Eigenverantwortung des Managements von Unternehmen, die
667 nicht eigentümergeführt sind, in Form von angepassten Entlohnungen bei Misswirtschaft.
668 Da der größte Anteil der Gesamtbezüge von Vorstandsmitgliedern börsennotierter
669 Unternehmen in der Regel aus den Bonuszahlungen besteht, kann dieses Instrument ideal
670 für eine adäquate, erfolgsabhängige Vergütung genutzt werden. Es reicht im Ernstfall nicht
671 aus, auf den freiwilligen Verzicht solcher variablen Vergütungsteile der Manager zu hoffen
672 und an deren Gewissen zu appellieren. Es müssen verbindliche Regelungen getroffen
673 werden, die einen solchen Prozess verhindern.

674 Das 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
675 (VorstAG) sollte daher novelliert werden und die Aufsichtsräte verpflichten,
676 Bonuszahlungen bei Verlusten des Unternehmens teilweise oder komplett zu kürzen.
677 Denn auch an der Vergütung der Manager entscheidet sich die Akzeptanz unserer sozialen
678 Marktwirtschaft – stagnierende oder gar steigende Vergütungen von
679 Vorstandsmitgliedern bei durch eigenverantwortete Fehler entstandenen
680 Unternehmensverlusten schaden dem Verständnis von Gerechtigkeit in unserer
681 Gesellschaft.

682 Wir unterstützen die aktuelle rechtliche Auffassung, dass eine weit gefasste persönliche
683 Haftung der Unternehmensleitung ausgeschlossen ist, wenn diese ausreichend gut
684 informiert ist und eine Entscheidung nachvollziehbar und im besten Sinne des
685 Unternehmens getroffen hat. Liegt jedoch die Vermutung einer Verletzung dieser
686 Grundvoraussetzungen durch den Vorstand nahe, ohne, dass sie rechtlich eindeutig belegt
687 werden kann, steht der Aufsichtsrat in der Pflicht eine angemessene Lösung zu finden. Da
688 dies in der Vergangenheit häufig nicht ausreichend geschehen ist, sollte auch eine
689 strengere Überwachung des Kontrollgremiums durch die Hauptversammlung in Erwägung
690 gezogen werden. Einfache Forderungen nach einer formlosen Selbstevaluation der
691 Aufsichtsräte, wie sie der Deutsche Corporate Governance Kodex beschreibt, reichen
692 unserer Ansicht nach nicht aus.

693 Außerdem fordern wir eine striktere Trennung der Vorstands- und Aufsichtsrats Tätigkeit.
694 Das deutsche Aktiengesetz regelt in § 100 zwar, dass Mitglied eines Aufsichtsrats nicht
695 sein kann, wer "in den letzten zwei Jahren Vorstandsmitglied derselben börsennotierten
696 Gesellschaft war", der zweite Teil der Passage lässt den ausgeschiedenen Managern mit
697 dem Satz "Es sei denn, seine Wahl erfolgt auf Vorschlag von Aktionären, die mehr als 25
698 Prozent der Stimmrechte an der Gesellschaft halten" eine zu große Hintertür. Wer direkt

699 wechselt, überprüft die Folgen der eigenen Politik und könnte so in Interessenkonflikte
700 geraten. Wir plädieren daher für eine Streichung des zweiten Satzteiles.

701 Die gut gemeinte Steigerung der Transparenz der Managergehälter durch das
702 Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetz (VorstOG), das seit 2006 zur individualisierten
703 Offenlegung der Vorstandsbezüge für börsennotierte Aktiengesellschaften verpflichtet,
704 hat zu einer weiteren Erhöhung von Mangerbezügen geführt. Gesellschaften erhalten
705 durch die Offenlegung bessere Vergleichsmöglichkeiten und korrigieren die
706 Vorstandsgehälter tendenziell eher nach oben. Dieses Konzept hat sich aus unserer Sicht
707 daher nicht als sinnvoll erwiesen und sollte überdacht werden.

708

709 **3.3 Was verteilt wird, muss zunächst erwirtschaftet werden. Dieser Grundsatz muss**
710 **politische wieder mehr Bedeutung gewinnen.**

711 Die wirtschaftspolitischen Debatten der letzten Monate und Jahre waren vor allem
712 Diskussionen über Verteilungsfragen, bei Steuern, Rente, Gesundheit und Pflege. Ohne
713 Zweifel sind diese Fragen wichtig. Jedoch sind vor lauter Verteilungsfragen die Fragen
714 nach und die Debatten um das Erwirtschaften und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands
715 und Südbadens immer mehr in den Hintergrund geraten. Klar ist aber: verteilt werden
716 kann nur das, was zunächst erwirtschaftet ist. Darum sprechen wir uns dafür aus, den
717 Fokus der politischen Debatten wieder zunächst auf die Frage des Erwirtschaftens und
718 damit auf die Zukunft und erst danach auf die Frage des Verteilens, und damit auf die
719 Vergangenheit, zu richten.

720

721 **3.4 Wettbewerbsfähigkeit beginnt mit einfachen und transparenten Steuern**

722 Es gibt zahlreiche Gründe, weshalb sich Unternehmen in Deutschland ansiedeln. Einer
723 dieser Gründe sind die steuerlichen Rahmenbedingungen. Ob Deutschland für
724 Unternehmen ein guter Investitionsstandort darstellt, hängt entscheiden von diesen
725 Rahmenbedingungen ab. Darüber hinaus entscheiden sie über die Liquidität von
726 Unternehmen, den Aufbau von Eigenkapital und dem damit verbundenen neuen
727 Investitionen.

728 Unser Steuersystem muss daher weiterentwickelt werden, um auf in Zukunft den
729 einzigartigen Unternehmensmix in Deutschland - viele kleine Unternehmen, zahlreiche
730 auch weltweit aktive Familienunternehmen und Großkonzerne - weiterzuentwickeln. Ein
731 wettbewerbsfähiges, einfaches Steuersystem ist aus diesem Grund eine lohnende
732 Investition in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

733 Ziel muss es aus unserer Sicht sein, das deutsche Steuersystem wieder zu vereinfachen. Es
734 wurden in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zahlreiche Ausnahmen geschaffen, die
735 in ihrer Summe nicht mehr nachvollziehbar sind und von vielen nicht mehr verstanden
736 wird. Wir fordern daher die Vereinfachung des deutschen Steuersystems in seiner
737 Gesamtheit. Die Steuersätze sind zu senken, Freibeträge sind anzuheben – finanziert wird
738 dies durch die Streichung von einer Vielzahl von Ausnahmen und damit verbunden
739 Dokumentationspflichten. Einzelregelungen sollen durch allgemeine und einfache
740 Regelungen ersetzt werden. Dieser Schritt wird vermutlich radikal sein, sorgt jedoch im
741 Gegenzug zu einer Freisetzung von neuen Kräften und Gestaltungsmöglichkeiten.

742

743 **3.5 Wirtschaftspolitik muss Chancen schaffen: gerade vor Ort in Südbaden**

744 Ob Medizintechnik, Maschinenbau oder Elektrotechnik, Südbaden ist wirtschaftlich
745 weltspitze. Die Region Freiburg belegt europaweit regelmäßig einen der obersten Plätze
746 bei der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Die geografische Lage zwischen Frankreich und der
747 Schweiz bedeutet dabei in Zeiten freien Warenverkehrs und schwindender Binnengrenzen
748 wachsende Standortvorteile. Diese Vorteile müssen erkannt und genutzt werden. Daher
749 fordern wir, die wirtschaftliche Kooperation an Hoch- und Oberrhein weiter auszubauen.
750 Unser Ziel muss sein, nach den Warenmärkten, bis 2025 einen vollständig integrierten
751 Arbeitsmarkt zwischen den drei Ländern zu schaffen. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn auf
752 deutscher Seite eine Jugendarbeitslosigkeit von unter 2% existiert und Fachkräftemangel
753 herrscht, während im Elsass die Arbeitslosigkeit bedeutend höher ist Menschen
754 händeringend nach Arbeit suchen und die Jugendarbeitslosigkeit bei über 20% liegt.
755 Neben Lage und Arbeitsmarkt ist auch die Infrastruktur in Südbaden entscheidend dafür,
756 ob wir auch in 10 Jahren als Region Weltspitze sein werden. Durch Straßenbau, ÖPNV und
757 eine zukunftsweisende digitale Infrastruktur müssen wir Unternehmen attraktive
758 Bedingungen bieten, sich in Südbaden niederzulassen.

759

760 **3.6 Der Mittelstand macht unsere Region stark**

761 Kein Schwarzwaldtal ohne Weltmarktführer. So lässt sich die Wirtschaftsstruktur unserer
762 Region treffend beschreiben. Das Rückgrat unserer südbadischen Wirtschaft sind dabei die
763 mittelständischen Unternehmen, die durch ihre Innovationskraft und ihre lokale
764 Verantwortung für Unternehmen, Region und Belegschaft nachhaltigen und
765 zukunftssicheren Wohlstand schaffen und erhalten. Oberste Aufgabe der
766 Wirtschaftspolitik für Südbaden muss es daher sein, diese dezentrale mittelständische

767 Struktur zu fördern und zu erhalten. Das beginnt mit unkomplizierten
768 Verwaltungslösungen auf kommunaler Ebene, einer weitsichtigen Struktur- und
769 Infrastrukturpolitik in Land und Bund und Entbürokratisierung auf allen Ebenen – vom
770 örtlichen Rathaus bis nach Europa. Ein starker und dezentraler Mittelstand benötigt
771 daneben erstklassige Infrastruktur in allen Teilen Südbadens. Als Beispiel für dringend
772 nötige Infrastrukturprojekte zur Stärkung unserer Wirtschaftsstruktur fordern wir daher
773 den sofortigen Weiterbau der B31 West.

774

775 **3.7 Südbaden zur Gründerregion machen: Start-ups fördern.**

776 Wir wollen, dass Südbaden zu einer der Gründer- und Start-up-Regionen in Deutschland
777 wird. Dafür muss, der Weg zur Unternehmensgründung erleichtert werden. Dies beginnt
778 bei bürokratischen Anforderungen, die die Gründung von Unternehmen verkomplizieren.
779 Da der ländliche Raum strukturell nur bedingt mit Ballungszentren mithalten kann,
780 müssen für Gründer in Südbaden daher andere Anreize gesetzt werden. Wir fordern
781 daher bei den Wirtschaftsförderungsstellen der südbadischen Landratsämter die
782 Einrichtung von Gründerzentren, die Gründern unkompliziert und unbürokratisch alle
783 Verwaltungsvorgänge abwickeln und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Auch
784 finanziell kann Südbaden um Gründer werben: Wir fordern daher Gewerbesteuer-
785 Pauschalbeträge für Gründer und eine Befreiung von der Gewerbesteuer im ersten Jahr
786 nach der Gründung.

787 Auch die Gründungsfinanzierung muss verbessert werden: die
788 Finanzierungsmöglichkeiten der KfW können dafür ein gutes Beispiel liefern, wie auch
789 regionale Banken Gründungen ermöglichen könnten. Zweifellos müssen dafür die nötigen
790 regulatorischen Anpassungen auf nationaler und europäischer Ebene getroffen werden.
791 Wir fordern daher eine Anhebung der Grenzen der Berichtspflichten der regionalen
792 Kreditinstitute gegenüber der BaFin.

793 Trotz Verbesserungen bei der Gründungsfinanzierung und bürokratischen Erleichterungen
794 ist jedoch klar: eine Unternehmensgründung bedeutet Risiko, das letztendlich der
795 Gründer zu tragen hat und das ihm weder von Banken noch vom Staat abgenommen
796 werden kann. Zum Abbau eines der gefühlten Verlustrisiken kann jedoch auch die
797 Gesellschaft beitragen: wer ein Unternehmen gründet, der kann damit auch Scheitern. Ein
798 solches Scheitern sollte jedoch nicht als Stigma gelten, sondern eine breitere
799 gesellschaftliche Akzeptanz erhalten – das beginnt mit politischer Akzeptanz.

800

801 **3.8 Freihandel schafft Arbeitsplätze: vor allem im exportstarken Südbaden**

802 Die Globalisierung und die damit sich verändernde weltweite Wirtschaftsstruktur wartet
803 nicht auf Deutschland. Europa muss sich weiterentwickeln, ansonsten wird es von anderen
804 Märkten überholt. Unerlässlich für Deutschland und Europa ist daher der Freihandel mit
805 Wachstumsregionen. Europa hat die Vorteile gezeigt, die in einem gemeinsamen
806 Binnenmarkt liegen: Freihandel schafft Wahlfreiheit, Fairness, Chancen, Rechtssicherheit,
807 Vertrauen und gegenseitige Anerkennung. Die Junge Union Südbaden bekennt sich daher
808 zur Grundidee der Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA, CETA und TTIP.
809 Besonders für die junge Generation bietet Freihandel deshalb eine große Chance.
810 Während die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland glücklicherweise sehr gering ist, ist in
811 manchen europäischen Staaten jeder zweite Jugendliche arbeitslos. Neben nationalen
812 Maßnahmen, die dringend notwendig sind, sorgt Freihandel für neue Wirtschaftsimpulse,
813 die Inverstoren nach Europa locken.

814 Die Aufnahme der TTIP-Verhandlungen erfolgte 2013 nach Beschlüssen des Europäischen
815 Parlaments und des Europäischen Rats und damit aller Mitgliedsstaaten. Die Unterlagen
816 der bisher erfolgten TTIP-Verhandlungsrunden und des ausgehandelten
817 Freihandelsabkommens CETA kann man auf der Website der Europäischen Kommission
818 und des Bundeswirtschaftsministeriums einsehen. Es ist verständlich, dass laufende
819 Verhandlungen teilweise nichtöffentlich erfolgen müssen. Wir begrüßen die
820 Transparenzoffensive der Europäischen Kommission und die sofortige Veröffentlichung
821 der Verhandlungsergebnisse sowie der Verhandlungspositionen auf den Internetseiten der
822 Kommission.

823 Noch immer trennen tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse Deutschland und die
824 EU von vielen anderen Wirtschaftsregionen auf der Welt. Das Abschaffen der
825 Handelshemmnisse führt zu niedrigeren Kosten für Exporteure und damit zu niedrigeren
826 Kosten für uns Verbraucher. Das Anpassen von Produktstandards darf nicht zu einem
827 Rückschritt hinter die jetzigen Schutzstandards der Europäischen Union führen. Methoden
828 des Verbraucherschutzes, die unterm Strich zu denselben Ergebnissen führen, müssen
829 aber angepasst werden. Die Risikobewertung von Lebensmitteln innerhalb der EU muss
830 aber weiterhin in EU-Hand bleiben - ein Zusatzstoff darf bei uns nur dann auf den Markt
831 gelangen, wenn seine Unschädlichkeit für die Gesundheit bewiesen ist.

832 Den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen haben wir es zu verdanken, dass
833 Deutschland nicht mehr der „kranke Mann Europas“ ist. Auch in Südbaden sind diese
834 Unternehmen ein Wachstumsgarant - gerade diese Unternehmen werden vom freien

835 Handel profitieren. Damit sich Unternehmen trotz der unterschiedlichen Rechtssysteme
836 zurechtfinden können, muss ein verlässlicher Rahmen gefunden werden. Die Junge Union
837 Südbaden spricht sich deshalb für die Schaffung eines Handelsgerichtshofes aus, auf dem
838 Handelsstreitigkeiten entschieden werden sollen. Die Rechtsprechung soll dort
839 transparenter als im System privater Schiedsstellen erfolgen, zudem soll eine
840 Berufungsinstanz ermöglicht werden. Die Einführung eines Handelsgerichts nach dem
841 Vorbild des Berufungsgerichts der Welthandelsorganisation (WTO) ist bereits für das
842 Freihandelsabkommen CETA ausgehandelt und soll für zukünftige Freihandelsabkommen,
843 wie etwa TTIP, herangezogen werden. Ein solches Gericht schafft ein Schutzniveau,
844 wodurch Transparenz und Sicherheit für Staaten und Investoren gewährleistet werden
845 sollen.

846

847 **3.9 Ein wirtschaftlich starkes Südbaden bedeutet ein soziales Südbaden – und** 848 **umgekehrt**

849 Nur wenn wir wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Ausgleich verbinden, ist Südbaden für
850 die Zukunft gerüstet. Denn wirtschaftlicher Erfolg darf nicht auf Kosten von
851 gesellschaftlichen Gruppen oder Generation gehen. Das Ziel einer gerechten Gesellschaft
852 hat für uns daher dieselbe Priorität wie das Ziel wirtschaftlicher Prosperität. Gerechtigkeit
853 bedeutet für die Junge Union Südbaden dabei nicht nur Ausgleich zwischen Einkommens-
854 und Vermögensgruppen, sondern auch einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen.
855 Denn nur ein generationengerechtes Südbaden wird auch mittel- und langfristig ein
856 starkes Südbaden sein.

857

858 **3.10 Die Rentenversicherung generationengerecht und zukunftssicher aufstellen**

859 Die Junge Union Südbaden hält an der Mehrgliedrigkeit des Rentensystems fest. Die drei
860 Säulen gesetzliche Rentenversicherung als Basisabsicherung, sowie staatlich geförderte
861 betriebliche und private Vorsorge bilden den Rahmen einer gerechten und tragfähigen
862 Absicherung für das Alter.

863 Oberste staatliche Aufgabe ist es daher zunächst, die Tragfähigkeit der gesetzlichen
864 Rentenversicherung sicherzustellen. Neben einem Verbot der Finanzierung zusätzlicher
865 Rentenleistungen, wie etwa der Mütterrente, aus Beitragsmitteln (diese Leistungen
866 müssen aus dem explizit für solche Leistungen vorgesehenen Zuschuss aus dem
867 Bundeshaushalt erfolgen) und damit der Vermeidung von Mehrausgaben fordern wir, auch
868 die Einnahmenseite der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbessern. Ein möglicher

869 Weg hierzu ist eine Ausweitung des Kreises der Beitragszahler. Wir fordern daher, dass
870 künftig auch Freiberufler mit einem Mindestbeitrag, vergleichbar dem der GKV,
871 beitragspflichtig zur gesetzlichen Rentenversicherung werden. Außerdem müssen flexible
872 Übergänge in die Rente noch stärker als bislang ermöglicht werden. Der Grundsatz ist
873 einfach: Wer früher gehen möchte, erhält eine niedrigere Rente, wer länger arbeiten
874 möchte, bekommt eine höhere Rente. Das schafft Flexibilität beim Renteneintritt und
875 schafft wichtige und richtige Anreize. Wir fordern die starre Regelaltersgrenze durch eine
876 flexible Grenze zu ersetzen, die nach 47 Beitragsjahren erreicht ist. Um die Attraktivität
877 der Erwerbstätigkeit im Rentenalter weiter zu steigern, fordern wir zudem die
878 Hinzuverdienstgrenzen neben der Rente komplett abzuschaffen.

879 Besonders aufgrund des demographischen Wandels wird, trotz dieser Maßnahmen, eine
880 Absenkung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung vermutlich kaum
881 zu vermeiden sein. Darum müssen die beiden weiteren Säulen der Rentenversicherung
882 gestärkt werden.

883 Die 2009 eingeführte Abgeltungssteuer war ein wichtiger Schritt, um Deutschland als
884 Finanzplatz attraktiver zu machen und um die hohen Bürokratieaufwendungen zu
885 verringern. Die Abgeltungssteuer schafft zudem einen wichtigen Anreiz für Bürgerinnen
886 und Bürger schon während der Erwerbstätigkeit privat vorzusorgen. Neben Konzepten wie
887 der Riesterrente müssen wir die kapitalgedeckte Altersvorsorge weiter ausbauen, um den
888 BürgerInnen erleichterten Zugang zum Aktienmarkt zu ermöglichen. Wir fordern eine
889 Anhebung des Sparer-Pauschbetrags, um vor allem Kleinaktionäre weiter zu entlasten.

890 **3.11 Gesundheit und Pflege: Grundversorgung sichern, Zusatzabsicherung** 891 **ermöglichen**

892 In einer modernen Gesellschaft muss der Zugang zu medizinischen Einrichtungen für
893 jeden Menschen, egal ob in ländlichen oder städtischen Bereichen gewährleistet sein. So
894 ist es der Jungen Union Südbaden ein besonderes Anliegen, dass vor allem dem immer
895 weiter zunehmenden Mangel von Ärzten im ländlichen Bereich entgegengewirkt wird.
896 Besonders für junge Ärzte müssen Anreize für eine Tätigkeit im ländlichen Bereich
897 geschaffen werden. Wir fordern daher die Vergabe von Stipendien an Medizinstudenten,
898 die sich im Anschluss an ihr Studium verpflichten, für fünf Jahre eine Landarztpraxis zu
899 übernehmen, um eine regional flächendeckende umfassende Erstversorgung ermöglichen
900 zu können. Vor Ort sind daneben vor allem die Landkreise gefordert, die die größten
901 Träger der Krankenhäuser im ländlichen Raum sind. Denn nicht zuletzt eine attraktivere

902 Bezahlung an Kreiskrankenhäusern kann dem Mangel an medizinischem Fachpersonal
903 entgegenwirken.

904 Da jedoch auf Grund richtiger Neuregelungen die Arbeitsbelastung vieler Ärzte gesunken
905 ist (keine 48-Stunden-Schichten mehr ohne Pause etc.) bedarf es zusätzlich einer
906 Aufstockung der Studienplätze für Medizin. Die Attraktivität des Ärzteberufs im
907 ländlichen Raum kann nicht allein über finanzielle Anreize erhöht werden: eine moderne
908 Familienförderung, etwa durch Angebote zur Kinderbetreuung im ländlichen Raum auch
909 zu Randzeiten können einen Beitrag dazu leisten, im Schichtbetrieb tätige Krankenpfleger
910 und Ärzte zu entlasten.

911 Eine umfassende und leistungsfähige Gesundheitsversorgung in der Fläche muss finanziell
912 gestemmt werden. Gleichzeitig muss jedoch auch die Einnahmenseite der
913 Gesundheitsfinanzierung abgesichert werden. Daher sprechen wir uns gegen das Konzept
914 einer chronisch unterfinanzierten Bürgerversicherung aus und fordern eine Stärkung des
915 dualen Systems der Krankenversicherung.

916 Die gesetzliche Krankenversicherung hat sich bewährt. Sie gewährleistet, dass jeder
917 unabhängig von seinem Einkommen, Alter oder gesundheitlichen Zustand Zugang zu
918 medizinischen Einrichtungen erhält. Die private Krankenversicherung sichert für all
919 diejenigen die Gesundheitsversorgung, die nicht auf die gesetzliche Basisabsicherung
920 angewiesen sind. Außerdem ermöglicht sie Leistungen, die über die Basisabsicherung
921 hinausgehen und daher nicht durch die gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden. Um
922 einer „Zwei-Klassen-Versorgung“ entgegenzusteuern fordert die Junge Union Südbaden,
923 dass eine private Zusatzabsicherung für eine breitere Bevölkerungsgruppe ermöglicht
924 wird. Dies kann beispielsweise durch ein Zuschuss oder Prämiensystem ermöglicht
925 werden. Hiervon würden zum einen die versicherten Patienten, durch eine qualitativ
926 hochwertigere Behandlung, wie auch die gesetzlichen Krankenkassen profitieren, da die
927 finanzielle Belastung einer Krankenbehandlung im Falle einer privaten Zusatzversicherung
928 auch durch den Versicherungsträger getragen werden kann.

929 Gerade aufgrund des demographischen Wandels, der rapide steigenden Zahlen von
930 pflegebedürftigen Menschen und der gleichzeitig rapide sinkenden Zahlen derer, welche
931 von Familienangehörigen zuhause gepflegt werden, ist ein ganzheitliches System der
932 Pflege- und Pflegevorsorge unumgänglich.

933 Das Erste Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer
934 Vorschriften und das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung

935 waren wichtige Schritte, hinzu einer menschenwürdigen Versorgung von
936 pflegebedürftigen Menschen, die auch die Finanzierung gewährleistet. Da sich viele
937 Menschen im Alter eine Pflege zuhause wünschen müssen auch die Möglichkeiten einer
938 Pflege zu Hause verbessert werden. Für den Pflegebedürftigen besteht der größte Vorteil
939 der Pflege zu Hause darin, dass er seine gewohnte Umgebung nicht verlassen muss. Dafür
940 können auch neue Lösungsansätze wie beispielsweise Mehrgenerationenwohnen oder
941 auch dezentrale Pflegestützpunkte eine Alternative bieten.

942 Analog zum System der Gesundheitsversorgung fordern wir daher eine umfassende
943 Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Pflegeversicherung um somit eine
944 Grundpflegeversorgung abzusichern. Daneben fordern wir auch bei der
945 Pflegeversicherung ein Prämiensystem zur Förderung der privaten Pflegevorsorge. Auch
946 hier sollten Vorsorgeaufwendungen steuerlich umfangreicher begünstigt werden.

947 **Kapitel 4: Sicherheit stärken. Integration Gestalten. - Für ein gutes**
948 **Miteinander in einem sicheren Südbaden**

949

950 **4.1 Vorwort**

951 Die Wirren der großen Flüchtlingswelle des Spätsommers 2015 sind heute, eineinhalb
952 Jahre später, verblasst. Die akute Belastung an den Grenzen ist vorüber. Nun beginnt die
953 essentiell wichtige Aufgabe der Integration der Menschen, die hier längerfristig bleiben
954 werden. Integration bedeutet eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Dies stellt sowohl
955 eine Chance als auch eine Herausforderung für die Gesellschaft dar. Ein umfassender
956 Regelungsbedarf besteht, nicht nur im Bereich des Arbeitsmarktes und der Bildung. Für
957 die Junge Union Südbaden steht fest, dass diese zentralen Fragen nicht den Populisten und
958 ihren scheinbar einfachen Lösungen überlassen werden können. Auch in Zeiten des
959 Terrors behalten wir unseren sachlich-differenzierten Blick bei. Innere Sicherheit ist
960 Kernkompetenz christ-demokratischer Politik. Wir wollen für ein nachhaltiges Konzept
961 eintreten, damit unsere Region als auch ganz Deutschland sicher, friedlich und erfolgreich
962 bleibt.

963

964 **4.2 Unterstützung der Kommunen bei der Integration**

965 Integration gelingt nicht durch Beschlüsse oder in Worte gefasste Gedanken von Experten
966 in Stuttgart und Berlin. Integration gelingt vor Ort bei den Menschen. Vor Ort bedeutet in
967 diesem Fall konkret in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen. Die Junge Union
968 Südbaden setzt sich für gute Integrationsarbeit vor Ort ein. Hierbei ist es wichtig, dass vor
969 Ort die richtigen Angebote geschaffen und die Akteure und Institutionen gut miteinander
970 vernetzt sind. Hierzu braucht es die dafür notwendigen personellen Ressourcen. Indes
971 dürfen die Kommunen dabei nicht sich selbst überlassen werden und bedürfen der
972 Unterstützung von Bund und Land.

973

974 **4.2.1 Angebote zur Integration schaffen**

975 Die Junge Union befürwortet die Schaffung von Integrationsangeboten auf kommunaler
976 Ebene. Kommunen können im Rahmen ihrer Möglichkeiten verschiedene, der Integration
977 zuträgliche, Angebote schaffen. Die Basis einer gelingenden Integration bilden die
978 Schwerpunkte Bildung und Sprache. Gerade in diesen Bereichen können Kommunen aktiv
979 werden. Eltern mit Migrationshintergrund müssen verstehen, wie wichtig Bildung für ihre

980 Kinder ist und müssen daher über das deutsche Schulsystem informiert werden. Die
981 Kommunen müssen dafür Sorge tragen, dass im Rahmen einer funktionierenden
982 Elternarbeit Eltern mit Migrationshintergrund über die Wichtigkeit von Bildung in
983 Deutschland und das deutsche Schulsystem aufgeklärt werden.

984
985 Die Kommunen können zudem Eltern mit Migrationshintergrund, die aber bereits gut
986 integriert sind, über das deutsche Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem aufklären und
987 schulen. Diese Eltern dienen dann als wichtige Multiplikatoren bei der weiteren
988 Integrationsarbeit. Auch haben Kommunen die Möglichkeit, interkulturelle Angebote wie
989 zum Beispiel internationale Feiern und Feste zu veranstalten oder „Orte der Begegnung“
990 zu schaffen, welche dem interkulturellen Austausch dienen. Dies verhindert, dass
991 bestimmte Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund nur „unter sich bleiben“. In
992 kommunalen Volkshochschulen können zielgruppenspezifische Integrations- und
993 Sprachkurse durchgeführt werden. Hier können Menschen mit Migrationshintergrund
994 auch lernen, wie man eine Bewerbung schreibt oder wie ein Bewerbungsgespräch abläuft.

995

996 **4.2.2 Vernetzung der Akteure in der Integrationsarbeit ausbauen**

997 Die Junge Union Südbaden begrüßt die Vernetzung der Akteure der kommunalen
998 Integrationsarbeit und die Schaffung von Integrationsbeiräten auf kommunaler Ebene.
999 Erfolgreiche Integrationsarbeit basiert auf der Vernetzung aller beteiligten Akteure vor
1000 Ort. Hierzu gehören neben den kommunalen Einrichtungen wie beispielsweise
1001 Kindergärten und Volkshochschulen auch staatliche Schulen, kirchliche Träger wie die
1002 Caritas oder die Diakonie, aber in besonderem Maße auch ehrenamtliche
1003 Zusammenschlüsse. Die Vernetzung dieser Akteure erfordert einerseits einen hohen
1004 koordinativen Aufwand, ist aber für eine erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort
1005 unabdingbar. Deshalb ist es wichtig, dass die Vernetzung von einer zentralen Instanz
1006 vorangetrieben wird. Diese Funktion kann von den kommunalen Integrationsbeauftragten
1007 wahrgenommen werden.

1008

1009 Eine wichtige Schnittstelle zwischen der Integrationsarbeit und der Kommunalpolitik vor
1010 Ort stellen kommunale Integrationsbeiräte dar. Die Beiräte sind sowohl mit
1011 Gemeinderats- beziehungsweise Kreistagsmitgliedern, mit Vertretern verschiedener
1012 ausländischer Gruppierungen, Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften, aber
1013 auch mit weiteren Vertretern der kommunalen Integrationsarbeit vor Ort besetzt. Die

1014 Integrationsbeiräte beleben den Dialog zwischen den einzelnen Gruppen, Akteuren und
1015 Institutionen, fördern das Verstehen verschiedener Kulturen, unterstützen Initiativen,
1016 welche die Integration fördern und treiben den Ausbau des Netzwerks der
1017 Integrationsarbeit vor Ort voran.

1018

1019 **4.2.3 Personelle Kapazitäten schaffen**

1020 Die Junge Union Südbaden spricht sich für die Schaffung von Stellen für
1021 Integrationsbeauftragte bei den Kommunen aus.

1022

1023 Integrationsbeauftragte übernehmen in der Integrationsarbeit wichtige Aufgaben, wie
1024 beispielsweise die Vernetzung von Akteuren und Institutionen der Integrationsarbeit
1025 sowie der Schaffung, Koordinierung und Etablierung von Integrationsangeboten. Sie
1026 stellen eine Anlaufstelle für die Akteure und Institutionen, aber auch für Ehrenamtliche
1027 Bürgerinnen und Bürger dar. Integrationsbeauftragte verfügen über berufsspezifische
1028 Aus- und Fortbildungen und erhalten bei Bedarf auch Weiterbildungen.

1029

1030 **4.2.4 Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land**

1031 Der Jungen Union Südbaden ist es ein besonderes Anliegen, dass die Kommunen bei der
1032 Integration in finanzieller Hinsicht nicht alleine gelassen werden. Gerade bei der
1033 Schaffung von Stellen für Integrationsbeauftragten sollen die Kommunen künftig noch
1034 weitgehender unterstützt werden. Die Verwaltungsvorschrift (VwV) Integration des
1035 Landes Baden-Württemberg in der Fassung vom 6. September 2016 sieht hier eine
1036 Festbetragsfinanzierung in Höhe von 40.000 Euro je Kommune im ersten Jahr, 35.000 Euro
1037 im zweiten Jahr und 30.000 Euro im dritten Jahr, bei einem geringeren Stellenumfang als
1038 100 % durch eine dem eingerichteten beziehungsweise aufgestockten Stellenumfang
1039 prozentual entsprechende Höhe der Festbetragsfinanzierung vor. Die Junge Union
1040 Südbaden fordert, dass die Festbetragsfinanzierung angepasst und auf 40.000 Euro je
1041 Kommune und Jahr erhöht wird. Hierbei soll sich der Förderzeitraum auf 5 Jahre
1042 erstrecken.

1043

1044 **4.3 Arbeit**

1045 **4.3.1 Arbeit als Schlüssel zur Integration**

1046 Arbeit ist ein elementarer Schlüssel zur Integration von Flüchtlingen in unsere
1047 Gesellschaft. Mittels Arbeit bekommen die Flüchtlinge Zugang zu einem regulären

1048 Alltagsleben. Sie werden in diesen Alltag integriert und mit unseren Werten, Normen und
1049 unserem gesellschaftlichen Leben vertraut. Arbeit gibt den Zuwanderern nicht nur das
1050 Gefühl gebraucht zu werden, sondern ist gleichzeitig Teil des Dankes, Respektes und der
1051 Wertschöpfung, den man an die Gesellschaft zurückgeben möchte.

1052

1053 **4.3.2 Vollständige Arbeitspflicht**

1054 Die JU Südbaden fordert die vollständige Integration der fachlich gut ausgebildeten
1055 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. So bekommen die Flüchtlinge die Chance, Teil des
1056 Wertschöpfungsprozesses zu sein und zusätzlich, durch den selbst erworbenen Lohn, ein
1057 Gefühl der Zufriedenheit zu verspüren. Es ist wichtig, durch die Arbeit ein gemeinsames
1058 Miteinander zu etablieren.

1059

1060 **4.3.3 Ausnahme aus dem Mindestlohn**

1061 Des Weiteren fordern wir Flüchtlinge nicht mit dem gesetzlichen Mindestlohn zu
1062 vergüten, da

1063 die Flüchtlinge nur kurzfristig unserem Arbeitsmarkt dienen sollen und wir dadurch
1064 entstehende wirtschaftliche Belastungen nicht tragen möchten. Ferner sollen jugendliche
1065 Flüchtlinge, die noch keine Ausbildung erworben haben, die Chance bekommen, eine
1066 Ausbildung anzutreten, soweit es möglich ist.

1067

1068 **4.3.4 Ehrenamt für Flüchtlinge**

1069 Das ehrenamtliche Engagement ist eine aussichtsreiche Perspektive für Flüchtlinge, sich
1070 tatkräftig einzubringen. Die gesellschaftliche Vielfalt lebt von den Ehrenamtlichen, die sich
1071 für die Vereine und Initiativen einsetzen: Gerade um Flüchtlingen den Einstieg und die
1072 Integration in unsere Gesellschaft und unsere Wertvorstellungen zu erleichtern, ist das
1073 Ehrenamt eine geeignete Möglichkeit. Dementsprechend fordert die JU Südbaden, hier
1074 Angebote für Flüchtlinge zu schaffen, sodass diese sich bestmöglich engagieren können.

1075

1076 **4.3.5 Keine unnötige Beschäftigungstherapie**

1077 Die JU Südbaden fordert, dass der Staat keine Subventionen oder sonstige finanzielle
1078 Mittel in die Hand nimmt, um Arbeitsplätze für Flüchtlinge zu schaffen. Wir sehen das als
1079 Aufgabe der privaten Wirtschaft an, damit wir keine Überbeschäftigung am Arbeitsmarkt
1080 bekommen. Der Staat soll lediglich Anreize schaffen im Sinne einer effizienten Ordnung.

1081

1082 **4.4 Wohnen**

1083 Integration bedeutet lernen zusammen zu leben. Das Wohnen ist deshalb ein ganz
1084 wesentlicher Bestandteil und eine große Chance für eine erfolgreiche Integration. Beim
1085 Wohnen kann die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen mit der Perspektive
1086 zu bleiben in Notunterkünften nur ein vorübergehender Zustand im Rahmen der
1087 Erstaufnahme sein. Nach Abschluss der Prüfung ist grundsätzlich eine dezentrale
1088 Unterbringung in eigenen Wohnungen und deren Anmietung durch die Kommune der
1089 richtige Ansatz (Anschlussunterbringung). Dabei müssen die Kapazitäten der
1090 Wohngegenden möglichst gleichmäßig genutzt werden. Eine Ghettoisierung muss
1091 unbedingt vermieden werden, auch wenn dies einen finanziellen Mehraufwand erfordert.
1092 Die Nachfrage nach Wohnraum, vor allem im preiswerten Segment, wird sich durch die
1093 Zuwanderung der Flüchtlinge stark vergrößern. Die Junge Union Südbaden sieht den Staat
1094 in der Pflicht an dieser Stelle Anreize zu schaffen, so dass der Markt in der Lage ist, diese
1095 Nachfrage zu decken. Um eine gerechten Verteilung von Flüchtlingen zu gewährleisten
1096 brauchen wir eine Wohnsitzauflage. Anerkannte Asylberechtigte sollen für die Dauer von
1097 bis zu fünf Jahren verpflichtet werden, ihren Wohnsitz in einer bestimmten Kommune zu
1098 wählen. Ziel ist die Gewährleistung einer ausgewogenen Verteilung. Dadurch erlangen die
1099 Kommunen eine Planungssicherheit, die für ihre Arbeit unerlässlich ist. Zur Ausgestaltung
1100 der Wohnsitzauflage bedarf es konkreter Kriterien wie beispielsweise der Verfügbarkeit
1101 von Ausbildungsplätzen. Ausgenommen von der Auflage sollen Flüchtlinge sein, die nicht
1102 auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Im Rahmen des Möglichen sollen Freiheiten
1103 nicht unnötig beschränkt werden. Gerade im Bereich des Wohnens müssen die Kommunen
1104 durch Know-How unterstützt werden. Sonst könnten Möglichkeiten verkannt werden und
1105 Ressourcen ungenutzt bleiben. Als positives Beispiel ist das Pilotprojekt in Freiburg-
1106 Zähringen heranzuziehen. Nach diesem Konzept wohnen Flüchtlinge und Studenten in
1107 einem Haus mit hervorragenden Integrationsperspektiven. Dabei werden Konzepte
1108 zugrunde gelegt, wie die neu geschaffene Infrastruktur langfristig weiter genutzt werden
1109 kann. Als Beispiel ist hier vorliegend die Schaffung eines Mischgebietes mit Schwerpunkt
1110 auf Gewerbe geplant.

1111

1112 **4.5 Konsequente Abschiebung**

1113 Notleidenden Menschen zu helfen ist eine humanitäre Pflicht. Die Kapazitäten dafür sind
1114 endlich. Um effektiv Hilfe leisten zu können ist es daher notwendig, Menschen ohne
1115 Bleiberecht konsequent abzuschicken. Ein konsequentes Handeln ist auch für den Erhalt

1116 des Vertrauens der Bürger unerlässlich. Die Flüchtlingskrise stellt eine erhebliche
1117 Belastung dar, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Nur wenn man der Bevölkerung
1118 authentisch glaubhaft machen kann, dass die im demokratischen Diskurs erarbeiteten
1119 Gesetze, die den Verbleib der Flüchtlinge regeln, auch konsequent umgesetzt werden
1120 erlangt das staatliche Handeln gesellschaftliche Akzeptanz. Menschen, die ohne jegliche
1121 Registrierung und Berechtigung in Deutschland leben, stellen eine potentielle Gefahr für
1122 die restliche Bevölkerung dar. Der Schutz der in diesem Land lebenden Menschen besitzt
1123 Priorität. Das Schicksal des Einzelnen im Falle einer Abschiebung ist schwer. Darüber
1124 urteilt die Junge Union Südbaden keinesfalls leichtfertig. Trotzdem darf der Staat bei der
1125 Abschiebung vor der notwendigen Härte nicht zurückschrecken. Beispielsweise ist
1126 fehlende Mitwirkung bei der Feststellung der Identität mit der Rücknahme des Asylantrags
1127 zu sanktionieren. Die Effektivität der Abschiebung darf selbstverständlich nicht durch ein
1128 ungeeignetes Verfahren, wie beispielsweise der vorherigen Ankündigung, behindert
1129 werden. Ferner sprechen wir uns auch für die Abschiebung abgelehnter Flüchtlinge
1130 afghanischer Herkunft in ihr Heimatland aus.

1131

1132 **4.6 Extraterritoriale Flüchtlingsunterbringung**

1133 Im Rahmen der Flüchtlingskrise sind viele Menschen illegal über verschiedene Routen
1134 nach Deutschland eingewandert. Besonders die Route über das Mittelmeer wird immer
1135 stärker genutzt, weil andere Routen geschlossen worden sind. Dabei sind auf dieser
1136 illegalen Route schon unzählige Menschen ertrunken. In der Hoffnung auf ein besseres
1137 Leben werden immer mehr Schutzsuchende dazu bewegt, sich auf den gefährlichen
1138 Seeweg nach Europa zu begeben. Dabei werden von Schleusern oftmals falsche
1139 Hoffnungen geweckt. Um das Wiederansteigen der Flüchtlingsströme mit den damit
1140 verbundenen tragischen Folgen zu verhindern, fordert die JU Südbaden, dass illegal
1141 eingereiste Flüchtlinge außerhalb der EU versorgt werden.

1142 Leider sind in einigen Ländern die Menschenrechtsstandards so niedrig, dass eine
1143 Unterbringung oder Abschiebung selbst von kriminellen Flüchtlingen rechtlich und
1144 moralisch schwierig ist. Deshalb fordert die JU Südbaden dauerhafte Aufnahmezentren
1145 außerhalb der EU zu schaffen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte dabei eine
1146 Mitverantwortung für die Einhaltung der Regeln und Menschenrechtsstandards
1147 übernehmen.

1148

1149 Deutschland sollte sich verpflichten, diese Zentren entsprechend der Umgebung vor Ort
1150 mit Wasser und Nahrung zu versorgen und Sicherheit zu gewährleisten; mittelfristig
1151 müssen auch Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Dabei
1152 muss aus Sicht der JU Südbaden darauf geachtet werden, dass keine kulturellen und
1153 religiösen Konflikte ausbrechen. Bei Bedarf sollten christliche und muslimische Gruppen in
1154 unterschiedlichen Zentren untergebracht werden, deren geographische Lage an die
1155 kulturelle Umgebung angepasst ist.

1156

1157 **4.7 Extremismus**

1158 Unsere Gesellschaft fußt auf einem Wertefundament einer freiheitlich-demokratischen
1159 Ordnung. Meinungspluralismus und Menschenwürde sind durch die Ewigkeitsklausel
1160 unseres Grundgesetzes geschützt. Die Verteidigung dieser Werte ist nicht nur Teil einer
1161 christlich-demokratischen Haltung, sondern auch eine historisch bedingte Pflicht
1162 Deutschlands. Fest steht dabei, dass diese Prinzipien nicht zur Disposition stehen,
1163 unabhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen.

1164

1165 Demokratiefeinden konsequent entgegenzutreten – egal ob von rechtsextremer,
1166 linksextremer oder religiöser Seite – ist eine gesamtgesellschaftliche Pflicht. Wer unseren
1167 Pluralismus ablehnt darf weder Solidarität noch Akzeptanz erwarten. Weder
1168 Staatsbürgerschaft noch Bleiberecht darf an dieser Stelle gewährt werden. Wir dürfen
1169 nicht zulassen, dass einige Wenige den Ruf einer gesamten Gruppe zerstören und damit
1170 die friedliche Stimmung gefährden. Dabei ist bereits im Anfangsstadium zu intervenieren:
1171 Werbung für extremistische oder terroristische Organisationen muss strafrechtlich
1172 konsequent verfolgt werden. Für die Junge Union Südbaden steht fest, dass hetzerischen
1173 Inhalten keine Plattform gegeben werden darf. Hassprediger sind zu stoppen und
1174 Institutionen, innerhalb deren sich solche Menschen organisieren, durch verdeckte
1175 Ermittlungen auszuhebeln. Das Schaffen von Islamisten liegt außerhalb des
1176 Schutzbereiches unserer Religionsfreiheit.

1177

1178 **4.8 Ein moderner und starker Rechtsstaat**

1179 Die Sicherheit und Freiheit der Bürger zu gewährleisten ist die wichtigste Aufgabe des
1180 Staates. Dazu bedarf es eines starken und modernen Rechtsstaates. Zum einen braucht es
1181 eine konsequente Durchsetzung der im demokratischen Diskurs erarbeiteten Gesetze. In
1182 unserer Demokratie entscheidet das Parlament pluralistisch über den Inhalt der Gesetze.

1183 Den Behörden obliegt die Umsetzung. Dementsprechend sind Beschlüsse und
1184 Gerichtsurteile auch möglichst schnell umzusetzen. Die Junge Union Südbaden spricht sich
1185 dafür aus, dass die Befugnisse der Sicherheitsbehörden an die veränderten
1186 Gefahrensituationen angepasst werden. Der internationale Terrorismus bringt
1187 Gefahrenlagen gegen die das Gefahrenabwehrrecht keine ausreichenden
1188 Eingriffsbefugnisse beinhaltet. Beispielsweise kann es durchaus notwendig sein, bereits
1189 Vorbereitungshandlungen wie zum Beispiel die Terrorismusfinanzierung zu
1190 kriminalisieren. Dabei müssen die wichtige Freiheit des Einzelnen und Sicherheit sorgsam
1191 abgewogen werden. Symbolpolitik ist fehl am Platz. Im Expertenkreis ist die technisch und
1192 juristisch beste Lösung zu finden, fern von einer durch Idealismus geprägten Diskussion.
1193 Außerdem bedarf es einer Rechtsklarheit von Kompetenzzuweisung und
1194 Eingriffsbefugnissen insbesondere für BKA, Bundespolizei und Zoll.

1195 Die Junge Union Südbaden befürwortet den Vorschlag, Kompetenzen der Inneren
1196 Sicherheit stärker auf den Bund zu übertragen: Der weitgehende Föderalismus steht der
1197 optimalen Bekämpfung des Terrorismus entgegen. Gegen vernetzte Terroristen gibt es
1198 keine rein nationalen Konzepte, geschweige denn auf Länderebene. Besondere
1199 Dringlichkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass anderen europäischen Staaten selbst bei
1200 einer wesentlich zentralisierteren Polizeistruktur keine ausreichende Koordination gelingt.

1201

1202 Die Junge Union Südbaden befürwortet die momentane gesetzliche Regelung zur
1203 Vorratsdatenspeicherung vom Dezember 2015. Schwere Verbrechen und
1204 Terroranschlägen werden global und in Deutschland durch die Nutzung von digitalen
1205 Medien sowie Mobiltelefonen geplant und koordiniert. Verbindungsdaten von Telefonaten
1206 und Kurznachrichten sowie IP-Adresszuweisungen sind dabei für Polizei und
1207 Staatsanwaltschaft oftmals die einzige Möglichkeit zur Strafverfolgung. Die Junge Union
1208 Südbaden fordert darüber hinaus die Erweiterung der bestehenden
1209 Vorratsdatenspeicherung. Rechtstaatliche Schutzmechanismen müssen bei
1210 Mindestspeicherfristen großgeschrieben werden: Die Speicherung muss im Vergleich zur
1211 jetzigen Regelung verlängert, zeitlich jedoch klar auf maximal 6 Monate begrenzt sein. Sie
1212 findet bei den privaten Anbietern statt und nicht bei den Behörden. Der Zugriff auf Daten
1213 steht unter Richtervorbehalt und erfolgt für einen begrenzten Straftatenkatalog. Inhalte
1214 dürfen nicht gespeichert werden. Durch diese Einschränkungen kann von keinem
1215 Generalverdacht gegen die gesamte Bevölkerung gesprochen werden; die strenge

1216 Regelung der Datenabfrage genügt dem rechtsstaatlichen Anspruch der
1217 Verhältnismäßigkeit.

1218

1219 **4.9 Polizei**

1220 Die Polizei gewährleistet die überragend wichtige Sicherheit der Menschen. Eine
1221 leistungsfähige und gut ausgestattete Polizei ist daher unerlässlich. Die Junge Union
1222 Südbaden fordert für die Polizei eine materielle Ausstattung, die sich permanent am
1223 technologischen Fortschritt orientiert. Im Bereich der Informations- und
1224 Kommunikationstechnologie besteht umfassender Modernisierungsbedarf.
1225 Fahndungsfotos müssen im Dienstwagen beispielsweise über Tablets einsehbar sein. Die
1226 Qualität der Mobilfunknetze muss unbedingt nachgebessert werden. Die Technik der Täter
1227 ist stets auf dem neuesten Stand. Ohne eine massive technische Aufrüstung ist keine
1228 effektive Gefahrenabwehr möglich.

1229

1230 Immer häufiger werden, unabhängig von der Flüchtlingssituation, Polizisten und
1231 Mitarbeiter anderer staatlicher Institutionen zum Ziel von Angriffen. Gegen solche
1232 Angriffe muss entschieden vorgegangen werden, denn diesen Menschen gebührt
1233 besonderer Schutz. Ein Angriff auf sie ist gleichzeitig ein Anschlag auf unsere Demokratie
1234 und den Rechtsstaat. Die Junge Union Südbaden befürwortet daher die Schaffung einer
1235 neuen Strafnorm, die tätliche Angriffe auf Amtsträger besonders unter Strafe stellt.
1236 Anders als der bisherige § 113 StGB soll diese nicht nur im Falle eines Widerstandes gegen
1237 eine Diensthandlung greifen. Eine Kultur, in der Helfer attackiert werden, wollen wir nicht
1238 hinnehmen.

1239

1240 Die gesellschaftliche Vielfalt muss sich auch in den Polizeibehörden widerspiegeln. Die
1241 Junge Union Südbaden fordert, dass „Interkulturelle Kompetenz“ ein fester und
1242 verpflichtender Bestandteil der Polizeiausbildung und –weiterbildung sein muss.
1243 Kulturelle Prägungen schlagen sich in unterschiedlichen Verhaltensweisen wieder. Die
1244 Polizei muss diese kennen um Situationen richtig einschätzen und Gefahren vereiteln zu
1245 können.

1246

1247 **4.10 Zusammenarbeit auf europäischer Ebene**

1248 Mit Ende des Kalten Krieges ist die bis dahin politische und institutionelle Trennung von
1249 innerer und äußerer Sicherheit fraglich geworden. Zwar ist die Gewährleistung der inneren

1250 Sicherheit seit jeher Aufgabe des Nationalstaats. Doch neue Phänomene wie der globale
1251 Terrorismus durch bestimmte Gruppierungen und massenhafte Migrationsbewegungen
1252 der letzten Jahre stellen Herausforderungen an die innere Sicherheit Deutschlands, die
1253 sich durch rein einzelstaatliche Ansätze nicht hinreichend adressieren lassen. Eine starke
1254 äußere Sicherheitspolitik, die notwendigerweise durch eine intensive Zusammenarbeit mit
1255 anderen Staaten bedingt ist, hat sich zu einem immer wichtigeren Element der inneren
1256 Sicherheitspolitik entwickelt.

1257
1258 Im Zuge der europäischen Integration wurden zu diesem Zweck bereits eigene Behörden
1259 und Agenturen gegründet und ausgebaut, wie die das Europäische Polizeiamt (Europol),
1260 Gemeinsame Zentren an Staatsgrenzen (GZ) oder diverse EU-Informationssysteme wie
1261 das Schengener Informationssystem (SIS II). Mit dem Ziel, den Informationsaustausch
1262 zwischen Strafverfolgungsbehörden direkt zu ermöglichen, wurde darüber hinaus
1263 zwischen zunächst sieben Mitgliedsstaaten der EU 2005 der Vertrag von Prüm
1264 geschlossen. Die Junge Union Südbaden befürwortet ausdrücklich die erst jüngst wieder
1265 erhobene Forderung der Bundesregierung nach einer noch engeren Vernetzung zwischen
1266 Sicherheitsbehörden - sowohl durch eigene EU-Institutionen als auch durch direkte
1267 Kooperationen der Mitgliedsstaaten. Mehr noch aber fordert die Junge Union Südbaden
1268 den zügigen Beitritt zum Prümer Vertrag von vor allem in der Flüchtlingskrise wichtigen
1269 Ländern wie Italien oder Griechenland.

1270
1271 Um eine stabile und umfassende gemeinsame Sicherheitslage innerhalb der EU zu
1272 gewährleisten, ist eine homogene Sicherheitspolitik unerlässlich. Diese muss die durch
1273 weggefallene Grenzen mangelhafte Kontrollmöglichkeit mit vertrauensvoller Kooperation
1274 und gegenseitigem Informationsaustausch auffangen. Deswegen fordert die Junge Union
1275 Südbaden nicht nur eine verstärkte Zusammenarbeit hinsichtlich der drohenden Gefahren
1276 des globalen Terrorismus, sondern auch bei der Verfolgung von Gewaltverbrechern und
1277 nichtorganisierter Kriminalität. Die stärkere Vernetzung von kriminellen Organisationen
1278 und Personen muss mit einer stärkeren Vernetzung der Sicherheitsorgane beantwortet
1279 werden.

1280

1281 **4.11 Alternative Möglichkeiten zur Identitätsfeststellung von Asylbewerbern**

1282 Die Feststellung der Identität von Asylbewerbern ist durch §§ 15, 16 AsylVfG gesetzlich
1283 vorgeschrieben. Dadurch wird der maßgeblichen Bedeutung Rechnung getragen, welche

1284 die Bestimmung der Person im Asylantragsverfahren einnimmt. Sie dient maßgeblich zur
1285 Validierung der Verfolgungsgeschichte des Antragsstellers, für welche die exakte
1286 Feststellung von bspw. Nationalität und Alter elementar sind. Ferner kann eine eventuelle
1287 Abschiebung ohne plausible Identität des Antragsstellers nicht durchgeführt werden, da
1288 die dazu nötigen Passersatzdokumente nicht ausgestellt werden können. Derzeit stellt
1289 sich vor dem Hintergrund der großen Zahlen an Flüchtlingen und Asylsuchenden das
1290 Problem, dass ca. 60% der Antragssteller ohne Ausweispapiere beim Bundesamt für
1291 Migration und Flüchtlingshilfe (BAMF) vorstellig werden. Diese Situation stellt die
1292 Verwaltung vor große Herausforderungen, die Identität der Betroffenen plausibel
1293 festzustellen. Die Junge Union Südbaden unterstützt daher den Vorschlag der
1294 Bundesregierung, wonach Mobilfunktelefone und andere mobile Datenträger auch gegen
1295 den Willen der Betroffenen direkt durch das BAMF ausgelesen werden können, um den
1296 Prozess der Identitätsfeststellung zu unterstützen. Viele Asylsuchende, die ihren eigenen
1297 Angaben nach ihre Ausweisdokumente auf der Flucht verloren haben, führen ein
1298 Smartphone o.ä. mit sich, über dessen Datenanalyse wichtige Informationen zur
1299 Feststellung der Identität des Antragsstellers gewonnen werden können.

1300
1301 Darüber hinaus fordert die Junge Union Südbaden, dass weiter auch Daten ausgelesen und
1302 verwendet werden können, die Einfluss auf die Entscheidung über den Asylantrag haben
1303 können. Hier gilt es, den hohen Wert der Privatsphäre ausreichend zu schützen. Daneben
1304 aber müssen die Interessen des Staates, der Gemeinschaft und anderer Asylsuchenden an
1305 einer hinreichend validierten Verfolgungsgeschichte und damit einem zu Recht positiv
1306 beschiedenen Asylantrag berücksichtigt werden, die eine solche ergänzende Datenanalyse
1307 rechtfertigen.

1308
1309 Des Weiteren befürwortet die Junge Union Südbaden, bei fehlenden oder zweifelhaften
1310 Ausweisdokumenten die generelle erkennungsdienstliche Behandlung von Asylsuchenden.
1311 Gerade vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Würzburg, Ansbach und zuletzt Berlin
1312 ist es bei massenhaft unzureichenden Identitätsfeststellungen ein Sicherheitsinteresse des
1313 Staates, dass zumindest ein grundlegender Kenntnisstand darüber herrscht, wer sich
1314 innerhalb seiner Grenzen aufhält. Diese erkennungsdienstlichen Informationen sollen
1315 gegebenenfalls zur Aufklärung von Straftaten oder ferner auch zur Dokumentation der
1316 Fluchthistorie mit anderen EU-Mitgliedsstaaten abgeglichen werden können.